KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 7 – September-Oktober 2013
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf

Wahlen in Argentinien
Front der Linken und ArbeiterInnen bekommt fast eine Million Stimmen

Kampf der Non-Citizens
Geflüchtete Menschen protestieren mit Besetzungen und Hungerstreiks

Niederlage bei Neupack
Das unrühmliche Ende eines neunmonatigen Arbeitskampfs in Hamburg

Das Gespenst der deutschen Macht

Die Kanzlerin genießt eine große Beliebtheit – dabei stützt sich die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland auf Angriffe gegen arbeitende Menschen in Südeuropa



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale



INHALT



Kampf der Non-Citizens

neue Artikel auf **klassegegenklasse.org**



Wahlkampf der Linkspartei
Seite 6


Streiks im Einzelhandel
Seite 17


Brasilien: Ein Riese erwacht
Seite 23


VIII. Konferenz der FT-CI
Seite 28

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 7

Klasse Gegen Klasse: Nummer 7, September-Oktober 2013; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Wladek Flakin, Janos Bergmann, Suphi Toprak, Mark Turm; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Claudia Cinatti, Tom Hirschfeld, Friedrich Jäger, Victor Jalava, Eduardo Molina, Markus Oliver, Peter Robe, Marius Weizenberger; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.



www. KLASSE GEGEN KLASSE .org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien
Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente
www.ltscc.org.mx

Bolivien
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien
Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile
Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela
Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica
Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Uruguay
Gruppe der FT-CI
debatemilitante.blogspot.com

Spanischer Staat
Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Deutschland
Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

von der **Redaktion**

Die Wahlen zielen auf eine Regierung der Kontinuität…

Lasst uns den Widerstand organisieren!

In Deutschland werden bei den Bundestagswahlen am 22. September die Weichen für weitere Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend gestellt, hierzulande und europaweit. Die Umfragen zeigen Angela Merkel als klare Siegerin, was nur noch die Frage offen lässt, ob eine Koalition mit der (mit großer Hilfe von der CDU) wiederbelebten FDP möglich sein wird, oder es doch auf eine Große Koalition mit der SPD hinausläuft.

Aber unabhängig von der konkreten Koalition, und trotz der Liste der „sozialen" Wahlversprechen, die die CDU der Sozialdemokratie abgenommen hat, ist klar, dass die schleichende Politik der sozialen Misere hier genauso wie der Unterwerfung der südeuropäischen Länder weitergehen wird. Eine Verschärfung dieses Prozesses der Halbkolonisierung wird für die ArbeiterInnen, die Jugend und die schutzlosesten Sektoren der Gesellschaft noch mehr Armut bedeuten.

Trotz ihrer millionenschweren Wahlkampagne hat es die SPD nicht geschafft, Peer Steinbrück zu einer wirklichen Konkurrenz zu Merkel zu machen. Dies ist auch kein Wunder, ist er doch Mitarchitekt der Agenda 2010 und glühender Verfechter von Hartz IV. Seine Partei liegt in den Umfragen fast auf der gleichen Höhe wie bei den letzten Wahlen, wo sie 11 Prozentpunkte und massenhaft Mitglieder verloren hatte. Die WählerInnen haben noch nicht vergessen, dass es die SPD – gemeinsam mit den Grünen – war, die mit der Agenda 2010 die größten Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg gestartet hatte, und die auch in der aktuellen Krise eine „Oppositions"-Politik macht, die alle wesentlichen unsozialen Pläne der Regierung unterstützt.

Und wir ArbeiterInnen, MigrantInnen, Geflüchteten, Jugendlichen, Frauen? Welche Alternative repräsentiert unsere Interessen? Wer schlägt einen konsequenten Kampf nicht nur im Parlament, sondern vor allem auf den Straßen vor? Wer lehnt sich gegen die imperialistische Politik auf, die das deutsche Kapital durch Merkel in Süd- und Osteuropa durchsetzt? Wer schlägt ein Programm der politischen Klassenunabhängigkeit vor, das für ein völliges Ende der Prekarisierung und der Elendslöhne kämpft? Wer stellt eine Perspektive des Kampfes gegen die Gewerkschaftsbürokratie auf, die immer wieder unsere Kämpfe verrät?

Leider niemand. Wir halten die Linkspartei – im Gegensatz zu denen, die glauben, dass sie die Wahloption ist – für eine Partei, die nicht von ihrem reformistischen Kurs abweichen wird; eine Partei, die die Illusion schürt, dass wir unsere Forderungen mit vernünftigen und möglichen Reformen in denjenigen Institutionen erreichen werden, die uns die härtesten Angriffe auf unsere Lebensbedingungen bescherten. Nein. Nur mit der Mobilisierung auf der Straße, in den Schulen und Unis und vor allem in den Betrieben werden wir dem Kapital würdige und gute Arbeitsbedingungen, bessere Löhne, günstige Wohnungen für alle, kostenlose und gute Bildung, die bedingungslose Legalisierung aller MigrantInnen und Geflüchteten abringen können. Das Parlament kann dazu als Bühne und Unterstützung fungieren, doch nur als Teil einer Perspektive der Mobilisierung und der Konfrontation mit den KapitalistInnen und ihrem Staat.

Wir von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, wollen uns nicht von der Wahl fernhalten. Im Gegenteil denken wir, dass es wichtig ist, am 22. September von diesem (begrenzten) Recht politisch Gebrauch zu machen. Gleichzeitig wollen wir uns gegen die Logik des „Möglichen" stellen, der auch so viele Linke anhängen, die für die Linkspartei als das kleinere Übel stimmen.

Die kommenden Wahlen werden einen direkten Effekt auf das Schicksal der Jugend und der ArbeiterInnenklasse in Europa haben. Angesichts dessen ist die Aufgabe der Linken nicht, ein linksreformistisches Programm aufzustellen und darauf zu hoffen, als Ziel an sich ins Parlament zu kommen. Die aktuelle Situation erfordert von uns, eine unabhängige Alternative aufzubauen, die offen für einen unversöhnlichen Kampf gegen das deutsche Kapital und seine imperialistische Politik eintritt; eine Alternative, die sich nicht mit den miserablen Arbeitsverträgen begnügt, die die Bosse und ihre Komplizen in der Gewerkschaftsbürokratie durchsetzen wollen, sondern die sich vornimmt, sie und alle Wurzeln der Ungleichheit definitiv zu eliminieren, die dieses System auf unsere Kosten erschafft.

In diesem Sinne sagen wir von RIO, dass wir die Wahlen nutzen sollten, um klarzustellen, dass wir – die Jugend, die MigrantInnen, die Frauen, die ArbeiterInnen, die wie bei Amazon und Neupack gegen elende Arbeitsbedingungen kämpfen – keine Alternative haben, für die wir stimmen könnten. Aus diesem Grund rufen wir alle zur **Abgabe einer ungültigen Stimme** auf – gerade auch diejenigen, die aus Frust auf die etablierten Parteien direkt zu Hause bleiben. Eine ungültige Stimme als verpflichtende Handlung der Ablehnung der Parteien des Regimes.

Gleichzeitig wissen wir, dass viele ArbeiterInnen die Linkspartei als Alternative sehen. Sie und all jene, die sich in keiner der vorhandenen politischen Institutionen vertreten sehen, rufen wir dazu auf, mit uns darüber zu diskutieren, welche Partei, d.h. welches politische Instrument wir Jugendlichen und ArbeiterInnen gemeinsam aufbauen müssen, um wirkliche tiefgründige Veränderungen zu erreichen und unsere Forderungen durchzusetzen. Diese Partei muss unserer Meinung nach eine revolutionäre sein, die die fortgeschrittensten Elemente der langen und reichen Tradition der deutschen ArbeiterInnenbewegung wieder aufnimmt, die in den Werken von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin und Trotzki und in der Erfahrung der Aufständischen von 1918 und 1923 synthetisiert sind. Aber vor allem muss sie eine konsequente Antwort der ArbeiterInnen auf die zentralen Fragen des aktuellen Klassenkampfes bieten.

In diesem Rahmen und angesichts der politischen Notwendigkeit nicht nur in Deutschland, sondern auf weltweiter Ebene, rufen wir gemeinsam mit den Organisationen, mit denen wir die Trotzkistische Fraktion bilden, zur Gründung einer Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution auf, was für uns den Wiederaufbau der Vierten Internationale bedeutet.



Die Euro-Krise spielt sich im Ausland ab…

Notizen zur Lage in Deutschland vor den Bundestagswahlen

von **Mark Turm** (RIO, Saarbrücken)

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der deutschen Macht.“ So beschrieb der Historiker Brendan Simms Deutschlands Bestrebungen, zum dritten Mal in circa 100 Jahren die Kontrolle über Europa zu übernehmen.[1] Deutschland ist auf dem Weg zu unangefochtener Vormacht in Europa – jedoch weigert sich bisher die deutsche Bourgeoisie, die politischen Konsequenzen aus der Rolle des „unwilligen Hegemons“[2] zu tragen.

Deutschland zwingt den schwächeren Wirtschaften Europas einen rigiden Sparkurs auf und fordert Einsparungen unter dem perfiden Mantel der „Hilfsprogramme“. Diese erfolgen aber nicht aus Nächstenliebe, sondern zur Stabilisierung von Banken und Versicherungen, auch und insbesondere in Deutschland. Rezession, Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend sind die Folge für die „geretteten“ Länder. Leider unterstützen große Teile der Bevölkerung in Deutschland (zumindest passiv) das Wirtschaftsjoch, das die deutsche Bourgeoisie Europa auferlegt. Viele identifizieren sich dabei mit der deutschen Macht, mit der deutschen Wirtschaft, mit den deutschen Unternehmen, denen heute Merkel das Gesicht leiht. Die von Reformismus und Gewerkschaftsbürokratie unisono mit den Bossen des Landes propagierte Standortlogik appelliert an die nationalistischen Vorurteile in Teilen der Bevölkerung. Angesichts des Erfolgs des „deutschen Modells“ nährt dies das Gefühl, wieder „wer zu sein“ in Europa. Die Folge ist die Vertiefung der künstlichen Spaltung der ProletarierInnen entlang nationaler Grenzen.

Aufgrund der sich bessernden Konjunkturdaten in den USA und in Europa erholt sich die Stimmung der herrschenden Klasse hierzulande. Der Abgrund scheint immer weiter weg zu rücken. Die Perspektiven für den Außenhandel gegenüber dem Herbst 2012 haben sich gebessert. Laut einer Prognose werden die *„Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im laufendenJahr voraussichtlich real um 3½ Prozent und 2014 um 5 Prozent wachsen.“*[3]

Dass die Aussichten dennoch nicht so ungetrübt sind, wie es sich mancher bürgerlicher Analyst wünscht, zeigen die sinkenden Ausfuhren in die Vereinigten Staaten – immerhin knapp ein Zehntel aller deutschen Exporte gehen in die USA. Sollte die konjunkturelle Erholung der US-Wirtschaft mager ausfallen, könnten selbst Wachstumsraten von drei Prozent, wie sie ExpertInnen für die deutschen Ausfuhren für dieses Jahr erwarten, kaum zu erreichen sein. *„Die deutsche Exportwirtschaft muss sich daher auf magere Zeiten einstellen“*, warnt der Außenhandelsverband BGA.[4]

Auch die chinesische Wirtschaft, einer der zentralen Wachstumsmärkte Deutschlands, lahmt. Weitere wichtige AbnehmerInnen von deutschen Produkten wie Brasilien oder Indien, das zur Zeit eine rasche Entwertung der Rupie durchmacht, können die ausfallenden Märkte nicht kompensieren.

Europa, wichtigster Absatzmarkt der deutschen Wirtschaft, liegt ebenfalls im Krankenbett: Die Wirtschaft schrumpft weiter ungebremst in den südlichen Ländern der Euro-Zone. Der Krisenvirus droht auf die Kernländer der Währungsunion überzugreifen: Es gibt sinkende Wirtschaftsleistung in den Niederlanden und Finnland, und Frankreich wird bald in die Rezession rutschen.

So bleibt Deutschland im Auge eines Hurrikans, der in Europa bereits heftig tobt. *„Ein Kontinent, zerrissen von politischen Spannungen, heimgesucht von sich ausbreitender Reformmüdigkeit und vereint in der illusionären Hoffnung auf Erleichterung durch eine noch schneller rotierende Notenpresse.“*[5]

Realität und Mythos der Stärken Deutschlands

Verblüfft schauen viele Menschen in Deutschland auf die dem Anschein nach hervorragenden Leistungen derer, die sie für den Erfolg verantwortlich machen. Der Bundeskanzlerin Angela Merkel wird die Verringerung der Arbeitslosigkeit und des Haushaltsdefizits zugeschrieben. In den Legislaturperioden von Merkel sank erstere von 11 auf 5,5 Prozent, letzteres von 3,3 auf 0 Prozent der Wirtschaftsleistung. Da fühlen sich viele Menschen zufrieden: Sie wähnen sich im Glück, nicht das gleiche Schicksal wie GriechInnen, SpanierInnen, Portugiesinnen oder ItalienerInnen teilen zu müssen.

Jedoch sieht die Realität etwas anders aus, als es der Konsens in Deutschland vermuten lässt. Kein Schlüsselsektor der deutschen Wirtschaft bleibt von den Folgen der Wirtschaftskrise in Europa völlig verschont: Europas Automarkt ist im freien Fall. Selbst BMW und VW müssen Federn lassen. Die Chemie, Deutschlands viertgrößter Industriezweig, wächst kaum. Die Nachfrage sinkt, und die US-Chemieindustrie gewinnt gegenüber Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit, vor allem dank günstiger Energie- und Rohstoffpreise. Die Maschinenbaubranche leidet laut eigenen Angaben unter der Rezession im Euroraum und der schwachen Weltkonjunktur. Der *„Einzelhandel mutiert zur Krisenbranche“*[6]: Entlassungen, Umsatzeinbrüche, Pleiten.

Um die deutschen Staatsfinanzen ist es auch nicht zum Besten bestellt, denn das strukturelle Defizit – also jenes Haushaltsminus, das nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist – ist unverändert hoch.

1. Brendan Simms: Cracked heart of the old world. http://www.newstatesman.com/world-affairs/europe/2013/03/cracked-heart-old-world
2. The Economist: The reluctant hegemon. http://www.economist.com/news/leaders/21579456-if-europes-economies-are-recover-germany-must-start-lead-reluctant-hegemon
3. Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Langsam aufwärts. http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/iw-konjunkturprognose-langsam-aufwaerts-109695
4. Wirtschaftswoche: Die deutsche Wirtschaft im Sog der Euro-Krise. http://www.wiwo.de/politik/konjunktur/konjunktur-die-deutsche-wirtschaft-im-sog-der-euro-krise-seite-all/8156734-all.html.
5. Ebd.
6. Wirtschaftswoche: Einzelhandel mutiert zur Krisenbranche. http://www.wiwo.de/unternehmen/handel/goertz-max-bahr-praktiker-einzelhandel-mutiert-zur-krisenbranche/6672164.html



Die Unterjochung des Auslands erfordert ein beugsames Proletariat

Die Krise schlägt in Deutschland immer größere Wogen. Angesichts der sinkenden Gewinnspanne für deutsche Unternehmen versuchen die KapitalistInnen, die sinkende Profitrate durch Angriffe auf die Lohnabhängigen in Deutschland wett zu machen. Noch ist Deutschland im Vergleich zu manchen NachbarInnen ein eher streikarmes Land. Diese Tendenz scheint sich aber umzukehren: Streiks bei der Bahn, bei den Schleusen, im Einzelhandel, Streiks der angestellten LehrerInnen in Berlin, bei Amazon, im Call-Center u.v.m.

Die Zahl der Streikenden nimmt zu, die Zahl der Streiktage geht nach oben. Laut einem Bericht der Hans-Böckler-Stiftung haben 2012 sechs Mal so viele Menschen an Streiks teilgenommen wie 2011, gleichzeitig verdoppelte sich die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage, Tendenz steigend. Dies wirkt sich auch auf die politische Debatte in Deutschland aus, wo die Frage nach Sinn und Zweck von Streiks alltäglicher geworden ist: In Tagungen, Debatten, Publikationen wird von der „Erneuerung durch Streik" gesprochen und selbst die migrantisch geprägten wilden Streiks der Jahre 1972-1973 werden wieder zum Thema. Diese Debatten jedoch werden von verschiedenen sozialdemokratischen Strömungen hegemonisiert, die aus der Standortlogik nicht ausbrechen wollen.

Die meisten Kämpfe der letzten Zeit waren eher defensiver Natur. Es handelte sich um Maßnahmen, die gegen Betriebsschließungen, Entlassungen oder Kürzungen getroffen wurden. Leider mündeten all diese in Teilniederlagen oder in ganz bittere, wie im Falle der Beschäftigten von Opel, die sich dem Korsett der Gewerkschaftsbürokratie nicht entledigen konnten. Offensive Streiks wurden in letzter Zeit allen voran von den sogenannten Spartengewerkschaften durchgeführt: Trotz aller Grenzen, die sich im Korporatismus ausdrücken, der Streiks lediglich als Druckmittel zur Verhandlung auffasst, kommt diesen Kämpfen eine Vorbildfunktion zu, da sie praktisch beweisen, dass selbst „sehr hohe" Forderungen realistisch sein können, falls man kampfbereit ist. Es geht also in letzter Instanz um das Kräfteverhältnis.

Der fortschrittlichste Kampf der letzten Zeit war der Streik der Beschäftigten von Neupack in Hamburg, wo die oft prekär Beschäftigten nicht nur einen der längsten Streiks der bundesrepublikanischen Geschichte durchführten, sondern vor allem, weil sie durch ihre Unnachgiebigkeit gezeigt haben, was die Standort-Logik für die Lohnabhängigen praktisch bedeutet. Dabei haben Teile der Beschäftigten von Neupack erkannt, dass man nicht nur gegen den eigenen Boss ankämpfen muss, sondern auch gegen die eigenen Gewerkschaftsführungen wie die der IG BCE. Dieser Streik ist lediglich ein Vorbote einer erfreulichen Entwicklung, bei der die Debatte nach der Strategie der Lohnabhängigen letztlich in den Fokus rücken wird, um nicht die Krise der KapitalistInnen zahlen zu müssen.

Die Bundestagswahlen 2013

Und wie antworten die bürgerlichen Parteien auf die Krise? Im Wesentlichen reduziert die CDU alle ökonomischen Fragen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die FDP malt ein irreales Szenario von galoppierender Inflation wie in den 30er Jahren an die Wand. Die SPD versucht gar nicht erst, Antworten zu geben. Die Grünen schlagen einen „Green New Deal" vor, also eine Art „soziale und ökologische" Umorientierung im Rahmen des Kapitalismus. Die Linkspartei sieht unser Heil bei Keynes. Für Lohnabhängige und die verarmte Masse wird nach wie vor kein Horizont jenseits der Marktwirtschaft aufgezeigt, und die sozialen Folgen kennen sie zum Teil: Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit, Niedriglöhne, massive Steuersenkung für Wohlhabende, Rente mit 67…

Wichtig erscheint uns die Tatsache zu sein, dass wir uns in einem langsamen Erosionsprozess der politischen Säulen des Regimes befinden. Das heißt aber nicht, dass es zu einem abrupten Niedergang von SPD und CDU, wie etwa in Italien, kommen wird. Dennoch ist es unübersehbar, dass die Basis dieser Parteien erodiert, auch wenn die immer wieder auftauchenden Skandale um politische Führungspersonen noch nicht zu einer verallgemeinerten Infragestellung des Regimes und seiner Institutionen geführt haben. Ein wichtiger Hinweis auf dieses Phänomen ist die Entstehung neuer Parteien, welche versuchen, die von den „Volksparteien" hinterlassenen Lücken zu füllen. RevolutionärInnen müssen Wege finden, um die Krise der bürgerlichen Vermittlungsinstanzen zu nutzen.

Die Bundestagswahlen 2013 werden für keine großen Überraschungen sorgen. Die nächste Bundesregierung, wie sie auch immer aussehen mag, wird neue Maßnahmen ergreifen, um die Kosten der Krise den Lohnabhängigen aufzubürden, um den Expansionskurs Deutschlands in der europäischen Peripherie zu vertiefen.

Revolutionäre Alternative aufbauen

Die kapitalistische Wirtschaftskrise – die tiefste seit der Krise in den 30er Jahren – beweist, dass es utopisch ist, den Kapitalismus zu erhalten. Es ist ein System, das für den Reichtum von Wenigen die Verelendung der Mehrheit in Kauf nimmt; ein System, das für die Gewinne des „1%" bereit ist, die Umwelt zu zerstören. Heute, mitten in der Vorwahlperiode, können wir nicht aufhören nachzudenken, wie RevolutionärInnen die Aufgabe verwirklichen können, eine politische Alternative der Lohnabhängigen, der Jugend und der verarmten Massen aufzubauen, die zu einer echten politischen Alternative zu den traditionellen Parteien werden kann.

Angesichts der „kulturellen Hegemonie", die der Reformismus in seinen verschiedenen sozialdemokratischen Varianten in Deutschland ausübt, ist es unerlässlich, den ideologischen Kampf gegen die Auffassung zu führen, man könne dem Kapitalismus ein menschliches, soziales Antlitz geben, was nichts anderes heißt, als dass wir Lohnabhängigen und unsere AusbeuterInnen am selben Strang ziehen – der sich allerdings um unseren Hals legt.

Vor allem muss betont werden, dass eine kollektive Gegenwehr der Lohnabhängigen gegen die Maßnahmen der Unternehmen ohne eine kämpferische Gewerkschaft nicht zu haben ist. Ein Fanal in dieser Hinsicht sind die Lehren aus dem Neupack-Streik. Dementsprechend steht die ArbeiterInnenbewegung heute vor der Aufgabe, die Gewerkschaften von innen heraus zu erneuern und die bürokratische Führung der Gewerkschaften zu entmachten. Kern einer solchen Erneuerung muss die Forderung der Selbstorganisierung von unten sein. Streiks müssen von den Streikenden selbst bestimmt werden und nicht als Druckmittel aufgefasst werden, sondern als Mittel zur politischen Radikalisierung, an deren Ende die Frage nach der Macht steht. Ein erster Schritt auf diesem langen Weg ist, für die Entwicklung einer kämpferischen, antibürokratischen Strömung in den Gewerkschaften einzutreten.

Dabei übersehen wir selbstverständlich nicht die große bestehende Kluft zwischen den objektiven Notwendigkeiten der Lohnabhängigen und den vorhandenen subjektiven Beschränkungen. Somit gewinnen Übergangsforderungen an Aktualität, die diese Kluft überbrücken können. Denn diese sind aufgrund der politisch-ökonomischen Tragweite, die sie beinhalten, notwendige Mittel für die unweigerlichen politisch-ökonomischen Auseinandersetzungen mit dem Kapital und seinen VertreterInnen.

In diesem Sinne denken wir, dass RevolutionärInnen die politische Ruhe in Deutschland nutzen müssen, um die politischen und organisatorischen Weichen für die gesteigerten Auseinandersetzungen zwischen den KapitalistInnen und den Lohnabhängigen zu stellen. Deswegen laden wir alle dazu ein, über die Notwendigkeit einer Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution – die für uns ein Schritt zum Wiederaufbau der Vierten Internationale ist – zu debattieren.



Klassenkampf oder Regierungsbeteiligung?

Die Linkspartei tritt mit einem widersprüchlichen Wahlkampf zur Bundestagswahl an

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Die Partei „Die Linke" gibt widersprüchliche Signale ab. Auf der einen Seite wirkt ihr Wahlkampf sehr kämpferisch: Statt lächelnder Köpfe mit leeren Floskeln plakatiert die Linkspartei klare Forderungen mit Ausrufezeichen. (Auch wenn sie auf einem anderen Plakat die Frage „Revolution?" ganz klar mit „Nein." beantwortet.) Damit hebt sie sich vom „Einheitsbrei von CDUCSUSPDFDPGrünen" klar ab.

Auf der anderen Seite macht ihre Führung keinen Hehl daraus, dass sie sich zusammen mit SPD und Grünen an einer Bundesregierung beteiligen wollen – koste es, was es wolle. Besonders der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi wirbt offensiv in der Presse für ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis.[1] Aber auch Figuren des linken Flügels wie der Parteivorsitzende Bernd Riexinger und die hessische Fraktionsvorsitzende Janine Wissler (von Marx21) wollen an die Regierung, *„wenn die Bedingungen stimmen."*

Was passiert, wenn eine linke Partei an einer bürgerlichen Regierung teilnimmt, sehen wir gerade in Brandenburg, wo die Linkspartei als Teil einer Koalition besonders „sozialistisch" beim Bildungssystem und beim öffentlichen Dienst kürzt. Das sehen wir bei jeder vergangenen Regierungsbeteiligung der Linkspartei in verschiedenen Bundesländern. Das sehen wir auch auf internationaler Ebene: So die italienische Partei *Rifondazione Comunista*, die sich viel linker und kämpferischer gab als die Linkspartei heute, und trotzdem als Teil einer „linken Regierung" imperialistische Interventionen der italienischen Armee unterstützte. Das führte letztendlich zum Verschwinden dieser Partei. Die Linkspartei fordert heute im Wahlkampf ein Verbot von Waffenexporten und ein Ende von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – doch gleichzeitig schürt sie Illusionen in die Reformierbarkeit der EU, derselben Institution, die heute die Halbkolonisierung Südeuropas im Interesse des deutschen Kapitals anführt.

Denn die Führung der Linkspartei ist sich durchaus bewusst, welche „Verantwortung" sie als Regierungspartei eingehen würden. Gysi antwortete auf den Vorwurf, seine Fraktion würde nicht geschlossen für alle notwendigen Angriffe auf die eigene Basis stimmen: *„Wenn es darauf ankäme, wären wir disziplinierter als die SPD."*[2]

Viele Versprechen

Das Wahlprogramm der Linkspartei verspricht alles Mögliche. Allesamt wünschenswerte Dinge – wer hätte etwas gegen höhere Löhne und niedrigere Mieten? – aber formuliert wie ein Wunschzettel an den Weihnachtsmann. Oder genauer gesagt, wie ein Wunschzettel an die bürgerliche Demokratie (die für die Linkspartei die ideale Gesellschaftsform darstellt), die diese Forderung nach einem bisschen Druck von links umsetzen sollte.

Doch der Haken an der Sache ist, dass die Geschenke vom Weihnachtsmann meist von den eigenen Eltern kommen – und Reformen im Sinne der arbeitenden Bevölkerung sind kein Geschenk von kühnen ReformerInnen im Parlament, sondern Produkt der Kämpfe der Arbeitenden selbst. Doch die Losungen der Linkspartei, auch wenn sie kämpferisch klingen, zielen nie auf den Kampf, sondern auf das Parlament: Man sollte nicht selbst dafür eintreten, sondern die Linkspartei wählen, damit sie dafür eintritt.

Wenn „Gerechtigkeit" für die Arbeitenden das Ziel ist, dürfen die Produktionsmittel unmöglich das Eigentum einer kleinen Minderheit bleiben. Doch gerade das Privateigentum an Produktionsmitteln verteidigt die Linkspartei recht deutlich: Sie stellt zwar Fantasien darüber auf, dass ArbeiterInnen eine wachsende „Beteiligung" am kapitalistischen Eigentum haben sollten[3] – doch solche Pläne wurden schon vor mehr als 100 Jahren von sozialdemokratischen ReformistInnen wie Eduard Bernstein aufgestellt. Dass sie nicht zur Abschaffung des Kapitalismus führen, sollte mittlerweile klar sein. Diese Floskeln über „alternative Eigentumsformen" usw. lenken nur von der Kernaussage ab, dass man das Privateigentum akzeptiert.

Dieser Widerspruch ist ein Ausdruck des Widerspruchs zwischen einer Basis, die ein – objektives und auch mehr oder weniger subjektives – Interesse an der Überwindung des kapitalistischen Systems hat, und einem Apparat, der genau dieses System mitverwalten möchte. (Natürlich gibt es auch überzeugte sozialdemokratische ReformistInnen an der Basis, aber ihre Stärke liegt immer in der Parteibürokratie.) Einfache Menschen treten in die Linkspartei ein, um irgendwie gegen die Gesamtsituation zu protestieren, aber die Führung möchte genau diesen Protest auffangen und in parlamentarische Bahnen lenken.

Die Linkspartei stützt sich, wie die alte PDS, primär auf RentnerInnen im Osten, die bei der kapitalistischen Restauration in Ostdeutschland den Kürzeren gezogen haben und nun die resultierende Misere als Massenpartei mitverwalten. Doch im Westen, wo die SPD-Abspaltung WASG entstanden ist, besteht die wichtigste Basis der Linkspartei in der unteren und mittleren Gewerkschaftsbürokratie. Diese FunktionärInnen standen stärker unter dem Druck ihrer Basis, als ihre alte Partei, die SPD, die Agenda 2010 einführte – deswegen mussten sie eine neue sozialdemokratische Heimat finden. Aufgrund dieser Basis halten wir die Linkspartei für eine bürgerliche ArbeiterInnenpartei.

Gleichzeitig ist die Linkspartei bei der Jugend recht schwach: Ihr Studierendenverband Linke.SDS zählt nur einige hundert Aktive, und ihr Jugendverband ist eine stinkende Leiche voller rechter KarrieristInnen und bedingungsloser UnterstützerInnen des Staates Israel. Daneben gibt es aber auch trotzkistische Gruppen, vor allem Marx21 und die SAV, die hauptsächlich in den Jugendverbänden der Partei aktiv sind, aber dennoch keine grundlegen-

1. Tagesspiegel: „Gregor Gysi fordert „Riesenruck" von der SPD, um Rot-Rot-Grün möglich zu machen". http://www.tagesspiegel.de/politik/koalition-nach-der-bundestagswahl-2013-gregor-gysi-fordert-riesenruck-von-der-spd-um-rot-rot-gruen-moeglich-zu-machen/8621644.html.
2. Ebd.
3. Linkspartei: 100% Sozial. http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm2013_langfassung.pdf. S. 62-64.

Revolution? Nein. *Immerhin sagt die Bürokratie der Linkspartei klipp und klar, was sie möchte.*

de Alternative zur Politik der Führung anbieten (siehe Kasten).

Nach der Wahl des linken Gewerkschaftsbürokraten Bernd Riexinger zum Vorsitzenden (der davor jahrelang als Vorsitzender von ver.di Stuttgart für antikapitalistische Reden und eine relative hohe Zahl von Streiktagen bekannt war) mischt sich die Linkspartei beim Wahlkampf etwas in Arbeitskämpfe ein. So haben einzelne Mitglieder den Arbeitskampf im Einzelhandel unterstützt, wobei diese Arbeit fast vollständig von den trotzkistischen Gruppen in der Linkspartei getragen wird. Wir begrüßen diese Solidaritätsarbeit sehr und möchten die breiteste Einheit der UnterstützerInnen des Streiks aufbauen.

Selbstorganisierung

Wir wissen, dass es einige Mitglieder der Linkspartei gibt, die einen gesellschaftlichen Wandel möchten. Wir bemühen uns, mit genau diesen Menschen zusammenzuarbeiten – bei Arbeitskämpfen, Bildungsprotesten, Demonstrationen gegen die Krise usw. Aber gleichzeitig erklären wir geduldig, dass es keinen gesellschaftlichen Wandel gibt, wenn eine reformistische Partei gewählt wird und eine Regierung bildet. Der bürgerliche Staat, als Institution zur Verteidigung des Privateigentums der KapitalistInnen, soll eben einen solchen Wandel verhindern. Regierungen handeln im Sinne der KapitalistInnen und ihres Staates – oder werden im extremsten Fall von eben diesen gestürzt.

Deswegen brauchen wir eine demokratische Selbstorganisierung der Arbeitenden und der Unterdrückten, um selbstständig und unabhängig von allen Fraktionen der Bourgeoisie für unsere eigene Forderungen zu kämpfen. Daraus können Räte hervorgehen, mit denen wir, die arbeitende Bevölkerung und die Jugend, die ganze Gesellschaft in unserem Sinne revolutionär umgestalten können. Es gibt auch keinen „goldenen Mittelweg" zwischen Parlamentarismus und Rätedemokratie, denn in ersterem herrscht die Bourgeoisie, in letzterem die ArbeiterInnenklasse. RevolutionärInnen müssen durchaus in einem Parlament arbeiten, aber nur mit dem Ziel, dieses durch die Räte der Massen zu sprengen.

Wir schließen es nicht prinzipiell aus, dass RevolutionärInnen in reformistischen Parteien arbeiten. Schließlich müssen RevolutionärInnen versuchen, an jedem Ort zu sein, an dem sich Unterdrückte politisch betätigen. Wir halten eine revolutionäre Arbeit in der Linkspartei aber nicht für besonders zielführend, weil es sich bei ihr um einen stark bürokratisierten, reformistischen Apparat handelt, der für kleine revolutionäre Organisationen keinen Platz und keine Bedingungen anbietet, ein revolutionäres Programm aufzustellen. Ein offener ideologischer Kampf gegen den Reformismus ist innerhalb dieser Partei kaum möglich. Gerade deswegen müssen sich die kleineren Organisationen dort letztlich politisch-ideologisch anpassen, um nicht in die „Isolation" zu geraten.

Deshalb sind wir nicht damit einverstanden, wenn sich Gruppen mit einem trotzkistischen Anspruch jahrelang in der Linkspartei einnisten und diese über viele Jahre nach links zu drücken versuchen. Denn dabei schlagen sie bewusst kein revolutionäres, sondern ein linksreformistisches oder bestenfalls zentristisches Programm vor (siehe nochmal Kasten) – in der Hoffnung, dass sie damit an die innerparteilichen Debatten anknüpfen können. Dass die RevolutionärInnen in der Linkspartei selbst keine revolutionären Forderungen erheben, zeigt aber, dass es keine Basis für eine revolutionäre Arbeit dort gibt.

Deswegen sind wir auch nicht der Meinung, dass es sinnvoll ist, ein Kreuz bei der Linkspartei zu machen. Stattdessen müssen wir als MarxistInnen betonen – während wir für praktische Zusammenarbeit mit ArbeiterInnen und Jugendlichen aus allen Parteien eintreten – dass besonders im Rahmen der historischen Krise des Kapitalismus eine revolutionäre Partei notwendig ist. Also eine Partei, die sich nicht auf Parlamentssitze und Regierungsbeteiligungen orientiert, sondern darauf, die Selbstorganisierung der Arbeitenden und Unterdrückten voranzutreiben, zusammenzuführen und zum Angriff auf die KapitalistInnen und ihren Staat zu führen.



Debatte: Durch die Linkspartei zur Revolution?

In Deutschland arbeiten mehrere Gruppen, die sich auf das Erbe von Leo Trotzki berufen, innerhalb der Linkspartei. Diese Arbeit wird als „Entrismus" bezeichnet, obwohl sie nicht viel mit der Entrismus-Taktik von Leo Trotzki zu tun hat. In den 30er Jahren sind TrotzkistInnen kurzfristig in reformistische Massenparteien eingetreten, um auf ihre sich radikalisierende ArbeiterInnenbasis zu treffen[1] – alles andere als eine jahrelange Beeinflussung eines reformistischen Apparates.

SAV wie Marx21 wollen mit ihrer langfristigen Arbeit in der Linkspartei Menschen für den revolutionären Marxismus zu gewinnen. Nun brennt im Vorfeld der Bundestagswahl eine Debatte über rot-rot-grüne Regierungsoptionen. Wie nutzen sie also diese Debatte, um die marxistische Haltung zur Regierung und zum Staat zu erläutern? Marx zog aus den Erfahrungen der Pariser Kommune im Jahr 1871 die Schlussfolgerung, dass die ArbeiterInnenklasse die bestehende Staatsmaschinerie nicht einfach übernehmen kann. Die Überwindung des Kapitalismus erfordert die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der proletarischen Rätedemokratie.[2] Das ist eine ziemlich grundlegende Antwort auf den Vorschlag von Gregor Gysi, dass er Außenminister der BRD werde und von dort aus die soziale Gerechtigkeit einführe.

Aber Marx21 bietet überhaupt keinen marxistischen Beitrag zu dieser Diskussion. Die GenossInnen sagen lediglich, dass eine Regierungskoalition mit SPD und Grünen aufgrund ihrer Politik der letzten Jahre *„keine Option"* sei, weil mit ihnen keine *„sozialere Politik"* zu machen sei.[3] Auf ein weitergehendes Ziel als „sozialere Politik" legen sie sich nicht fest. In einem Aufruf gibt Christine Buchholz, MdB von Marx21, auch zu, dass die Linkspartei *„nicht die Antwort"*, aber immerhin *„Teil der Antwort"* sei. Aber was ist überhaupt die „Antwort", die die Genossin befürwortet? Eine linksreformistische? Eine revolutionäre? Leider findet sich keinerlei Perspektive in ihrem Beitrag.[4]

Die SAV geht ein ganzes Stück weiter und erklärt, dass die Linkspartei grundsätzlich *„die Beteiligung an Regierungen mit prokapitalistischen Parteien zurückweisen muss"*. Stattdessen schlägt sie eine Regierung mit *„PartnerInnen […], welche das kapitalistische System überwinden wollen"*, vor. Ihre Vision ist konkret eine *„sozialistische Massenpartei"*, die *„an die Regierung kommt und gestützt auf Massenbewegungen mit dem Kapitalismus bricht und für eine umfassende sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpft."*[5] Damit projizieren sie allerdings eine Strategie, in der die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft letztlich durch die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit geschehen soll.

Das ist ziemlich haargenau die Strategie des sozialdemokratischen Zentristen Karl Kautsky, die stets vom revolutionären Marxismus bekämpft wurde. Kautskys Strategie scheiterte beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, weil er – wie die SAV heute – die Frage der Zerschlagung des Staates völlig ausklammerte. Aber wenn die ArbeiterInnenklasse nicht auf die Zerschlagung des Staates vorbereitet ist, wird sie vom Staat zerschlagen – so die Schlussfolgerungen des Marxismus aus der Geschichte des Klassenkampfes.

Fast tragikomisch ist es, wenn sich die GenossInnen der SAV positiv auf die griechische Linkspartei SYRIZA beziehen, nachdem die Führung dieses reformistischen Wahlvereins auf ihrem letzten Kongress die linken Phrasen fallen ließ und ihre Bereitschaft erklärte, mit jedem und jeder im Interesse der griechischen Bourgeoisie zu regieren. Von ihnen auch noch die Möglichkeit einer sozialistischen Transformation zu erhoffen, macht uns nicht viel Hoffnung.

Uns erscheint es nicht wie eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse in der Linkspartei, wenn von diffusen „Kräften" die Rede ist, die für rot-rot-grüne Regierungsprojekte stehen, während „viele" eine „antikapitalistische, kämpferische" Orientierung verfolgen.[6] Dass diese „Kräfte" in Wirklichkeit die gesamte Führung und den gesamte Apparat ausmachen, ist wohl kein ganz unwichtiges Detail. Auch die Rede von den *„stärker auf Klassenkampf und eine antikapitalistischen Perspektive orientierten"* Kräften scheint nicht präzise, wenn man in erster Linie LinksreformistInnen und untere GewerkschaftsbürokratInnen meint.

Insgesamt geben diese Gruppen also Losungen aus, die wenig mit revolutionär-marxistischen Positionen zu tun haben. Ihre Stellungnahmen sind zentristisch, d.h. sie schwanken zwischen reformistischen und revolutionären Positionen und verwischen die Gegensätze zwischen beiden. Das ist deswegen besonders problematisch, weil der Marxismus davon ausgeht, dass die ArbeiterInnenklasse ein klares Bewusstsein ihrer historischen Aufgaben braucht, um den Kapitalismus revolutionär zu überwinden. Wie soll dieses Bewusstsein entstehen, wenn MarxistInnen ihre eigenen Positionen verschleiern? Denn GenossInnen beider Gruppen kennen durchaus die marxistische Haltung zum Staat, doch vermeiden jeden öffentlichen Konflikt in dieser zentralen Frage.

Das ist nämlich das Problem bei diesem „Entrismus der besonderen Art": Es geht nicht so sehr um die taktische Frage, ob man innerhalb der Linkspartei arbeitet oder nicht; es geht um die strategische Frage, dass diese Gruppen sich dazu verpflichten, ein Programm zu erheben, das für ReformistInnen und RevolutionärInnen gleichermaßen akzeptabel klingen soll. Und während sie im Hier und Jetzt nicht zu „hart" mit den Bürokratien der Linkspartei und auch der Gewerkschaften sein wollen, weil man sie erstmal nach links drängen müsste, sagen sie so gut wie gar nichts darüber, wie sie in einer nicht definierten Zukunft (wenn überhaupt) mit den ReformistInnen brechen und die Bürokratie stürzen wollen.

Wir halten es dagegen mit Rosa Luxemburg, die Ende 1918 sagte: *„Es gibt nichts, was der Revolution so schädlich ist als Illusionen, es gibt nichts, was ihr so nützlich ist wie die klare, offene Wahrheit."*[7]

wf

1. Wladek Flakin: Was ist Entrismus? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. http://www.klassegegenklasse.org/was-ist-entrismus/.
2. Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_319.htm.
3. Stefan Bornost: Rot-Rot-Grün ist keine Option. http://marx21.de/content/view/1964/32/.
4. Christine Buchholz: Gesellschaftliche Gegenkräfte stärken. http://marx21.de/content/view/1958/32/.
5. Heidrun Dittrich (MdB), Heino Berg, Lucy Redler: Koalition, Tolerierung, Opposition. http://www.sozialismus.info/2013/08/koalition-tolerierung-opposition/.
6. Wahlaufruf der SAV zur Bundestagswahl 2013. http://www.sozialismus.info/2013/08/wahlaufruf-der-sav-zu-den-bundestagswahlen-2013/.
7. Rosa Luxemburg: Unser Programm und die politische Situation. Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember 1918. http://marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/12/programm.html.



von **Peter Robe** (RIO, Berlin)



ArbeiterInnen und SozialistInnen: Drei Spitzenkandidaten der FIT.

Rechts im Bild: U-Bahnfahrer Claudio Dellecarbonara

900.000 Stimmen

Große Wahl der Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) in Argentinien

Die mehr als 900.000 Stimmen überraschten alle. Die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) konnte ihr Ergebnis im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen vor zwei Jahren fast verdoppeln. Damals, als die Wahlfront aus drei trotzkistischen Organisationen – der Partei der sozialistischen ArbeiterInnen (PTS – Schwesterorganisation von RIO in der FT-CI), der ArbeiterInnenpartei (PO) und der kleineren Sozialistischen Linken (IS) – das erste Mal antrat, bekam sie um die 500.000 Stimmen. Die Front hatte sich 2011 als Antwort auf eine reaktionäre Verschärfung des Wahlgesetzes gebildet, die es nur noch jenen Parteien oder Fronten ermöglicht, an den Wahlen teilzunehmen, die bei den drei Monate vorher stattfindenden Vorwahlen (PASO) mehr als 1,5% bekommen.

Damals hatten sie es noch nicht in den Nationalkongress geschafft, konnten jedoch einzelne Abgeordnete in Provinzparlamenten stellen, wie zum Beispiel Raúl Godoy in Neuquén, der seinen Sitz den außerparlamentarischen Kämpfen zur Verfügung stellt – wie vor einigen Wochen bei den Protesten gegen die Übergabe der Ölquellen an den multinationalen US-Konzern Chevron. Zudem vertritt Godoy das Prinzip, nur so viel von der Abgeordnetendiät zu bekommen, wie er zuvor in der Keramikfabrik Zanon verdiente, und den Rest zur Unterstützung von ArbeiterInnenkämpfen abzugeben.

Bei den diesjährigen Vorwahlen konnte sich die FIT mit 900.371 Stimmen landesweit als vierte Kraft positionieren. Dass die Front dabei kein auf die Hauptstadt Buenos Aires beschränktes Projekt ist, beweisen besonders die hohen Ergebnisse aus entlegeneren Regionen, wie Salta, wo sie mehr als 11% der Stimmen bekamen, oder Mendoza, wo die FIT mit 7,61% die dritte Kraft ist.

Dieses Wahlergebnis bettet sich in einen politischen Kontext ein, der vor allem von der großen Wahlniederlage geprägt ist, die die Regierung von Cristina Fernández de Kirchner erlitt. Ihre 26% sind das schlechteste Wahlergebnis der Kirchners seit 2009. Von der Niederlage konnte sie sich allerdings damals durch den wirtschaftlichen Aufschwung und den Tod Nestor Kirchners bis zu den Wahlen 2011 auf 54% erholen.

Heute gestaltet sich dies schwieriger: Argentinien und ganz Lateinamerika befinden sich am Ende eines politischen und ökonomischen Zyklus, der 2001-2003 begann und von wirtschaftlichem Wachstum auf Grundlage hoher Rohstoffpreise und dem Aufkommen „post-neoliberaler", bürgerlich-nationalistischer Regierungen (Chávez, Morales, Lula, Kirchner, etc.) gekennzeichnet war. Zudem stellt sich für den Peronismus, zu dem der Kirchnerismus gehört, die Frage der Kontinuität, da Kirchner kein drittes Mal als Präsidentin gewählt werden kann. In diesem Rahmen ist auch der Wahlerfolg Sergio Massas zu bewerten, der noch vor wenigen Monaten treuer Gefolgsmann von Kirchner war und ihr nun mit einem Diskurs des „Wandels mit Kontinuität" eine Niederlage erteilte.

Die FIT trat mit einem Programm der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse an und stellte einen Forderungskatalog von 26 Punkten auf, der von alltäglichen Problemen wie der Prekarisierung, der Inflation und der Lohnsteuer bis zum Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, für die Verstaatlichung der Transportunternehmen und strategischer Wirtschaftszweige wie des Öls und des Gases unter ArbeiterInnenkontrolle reicht und sie mit der Perspektive einer ArbeiterInnenregierung verbindet.

Das gute Ergebnis bestätigt den Bruch von kleinen aber wichtigen Teilen der ArbeiterInnenklasse mit dem Kirchnerismus, der sich schon in dem Generalstreik vom 20. November 2012[1] ausdrückte. Dies bietet besonders für die Parteien, die wie die PTS bei Kraft, Pepsico, Coca-Cola, usw. in den Kernsektoren der ArbeiterInnenklasse verankert sind, die Möglichkeit einer offensiveren Politik. Dies wird zudem durch die schrittweise Überwindung der Trennung zwischen dem Politischen und dem Gewerkschaftlichen im Bewusstsein der ArbeiterInnen ermöglicht. Während es noch bis vor wenigen Jahren zwar eine starke Basisgewerkschaftsbewegung gab, aber keine politische Alternative der ArbeiterInnen auf landesweiter Ebene, so hat sich dies heute geändert. Dies hat sich auch in dem aktiven Wahlkampf ausgedrückt, in dessen Rahmen beispielsweise Versammlungen mit Hunderten ArbeiterInnen in den Fabriken von Lear und Donnelly stattfanden.

Nichtsdestotrotz ist dieses Ergebnis, das die Präsenz von sozialistischen und revolutionären Abgeordneten im Parlament ermöglicht, kein Ziel an sich. Weit davon entfernt ist es nur ein Mittel im Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei, die im Proletariat verankert ist. Deshalb trägt die PTS auch die politischen Differenzen mit den beiden zentristischen Strömungen, die Teil der FIT sind, offen aus.

Es ist auch nicht das erste Mal in Argentinien, dass eine Kraft der extremen Linken so stark ist und in den Kongress einziehen kann. Diese Projekte verloren jedoch durch ihre Fokussierung auf Wahlen ihre revolutionäre Schlagkraft, wie es das Scheitern der MAS Ende der 80er Jahre zeigte. Deshalb darf die Taktik eines Wahlantrittes von RevolutionärInnen nicht von dem strategischen Ziel einer Partei der Revolution losgelöst sein.

Der Wahlkampf der FIT zeigt dennoch deutlich, dass man selbst in Zeiten relativer wirtschaftlicher Stabilität mit einem Programm der Klassenunabhängigkeit und Übergangsforderungen Wahlerfolge erringen kann und widerlegt damit die angebliche Notwendigkeit des opportunistischen Kurses, den die meisten trotzkistischen Strömungen in den letzten Jahren eingeschlagen haben, indem sie anstatt eines prinzipienfesten Programms breite „antikapitalistische Parteien" aufbauen oder neo-reformistische Projekte wie Syriza unterstützen.

1. Janos Bergmann: Argentinien: Beginn einer neuen Etappe? In: Klasse gegen Klasse Nr. 6. http://www.klassegegenklasse.org/argentinien-beginn-einer-neuen-etappe/.

ZUM WEITERLESEN

Website der PTS (auf Spanisch):
➟ **www.pts.org.ar**

Stefan Schneider: Revolutionärer Wahlkampf (über die Wahlen 2011)
➟ **www.klassegegenklasse.org/revolutionarer-wahlkampf**



Der Kampf der

von **Friedrich Jäger** und **Marius Weizenberger** (RIO, München)

Am 3. September beziehen Non-Citizens[1] das Münchner Gewerkschaftshaus und erklären vor der Presse, dass ihr Kampf ein Klassenkampf ist. Sie beschließen, dort zu bleiben, und fordern den DGB zur politischen Unterstützung ihrer Forderungen auf: die bedingungslose Anerkennung ihrer Asylanträge, den Stopp aller Abschiebungen, die Abschaffung der Residenzpflicht und die Schließung aller Asylsuchenden-Lager. Es sind die gleichen Forderungen, mit denen sie Ende Juni am Münchner Rindermarkt einen trockenen und unbefristeten Hungerstreik angetreten hatten. Doch bekommt der Kampf der Non-Citizens durch den Ausdruck des Klassenbewusstseins eine neue politische Qualität, die RevolutionärInnen und alle UnterstützerInnen zu einer eindeutigen Positionierung herausfordert. Dabei werden sowohl die Grenzen der bisherigen Bewegung als auch die Notwendigkeit der Ausweitung des Kampfes auf weitere Sektoren der ArbeiterInnenklasse offenbar.

Phasen des Kampfes

Mit der aktuellen Periode vermehrter Krisen und Kriege nimmt die Zahl der Personen ohne festen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu, trotz der restriktiven Rechtslage. Die deutschen Regierungen setzen deshalb unwürdige Lagerbedingungen und Einschränkungen demokratischer Rechte bewusst als Abschreckungswerkzeuge ein. Auslöser für die Proteste, in denen sich die Non-Citizens konstituierten, war der Suizid eines iranischen Asylbewerbers in einer Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg im Januar 2010 und ein daran anknüpfender Hungerstreik. Sie weiteten sich im Zuge der *Refugee Tent Action* bundesweit aus.[2] Im Laufe dessen definierten sich die protestierenden Geflüchteten als „Non-Citizens", als aus der Klassengesellschaft Herausgedrängte, die systematisch unterdrückt und deren politische, soziale und ökonomische Teilhabe in den Zielländern ihrer Migration verhindert werden.[3]

Sie zeigten auch, dass sie nicht Opfer einer abstrakt-allgemeinen Ideologie des Rassismus sind, sondern dass eine materialistische Untersuchung der Hintergründe rassistischer Gesetzgebung notwendig ist. Ashkan Khorasani, Messenger der Non-Citizens am Münchner Rindermarkt, erklärte zu dieser Problematik: *„Gruppen wie Karawane oder The Voice haben nie geklärt, was ein ‚Refugee' eigentlich sein soll. Ein ‚Refugee' kann demnach ein Kapitalist sein, er kann Banken, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, oder er kann in einem abgelegenen Flüchtlingslager sitzen. […] Zentral für die Situation der Non-Citizens ist in einer bürgerlichen Gesellschaft aber ihr Ausschluss aus dem Produktions-, Verteilungs- und Reproduktionssystem – und nicht unbedingt, Opfer von Rassismus zu sein."*[4]

Am 22. Juni 2013 traten einige Non-Citizens nach einer kleineren Demonstration zum Münchner Rindermarkt in einen Hungerstreik. Spätestens mit der Verschärfung zum trockenen Hungerstreik nach drei Tagen setzten bürgerliche Breitsalven zur Diffamierung des Protests ein, die prominent von „Erpressung" sprachen oder sie als undemokratisch delegitimieren wollten. Nach Pseudoverhandlungen, in denen die Stadtverwaltung die bedingungslose Aufgabe des Camps forderte, ohne Zugeständnisse anzubieten, räumte die Polizei nach fast sechs trockenen Tagen das Camp der Hungerstreikenden. Dieser Schritt, vom Münchner Stadtrat als „humanitäre Intervention" verklärt, war eine staatliche Repression gegen das politische Selbstbewusstsein, das die Non-Citizens mit ihrem Protest ausdrückten, und das an dem bürgerlichen Prinzip rüttelt, nach dem einzig die herrschende Klasse selbstbewusst auftreten darf.

In der Folge gingen die Non-Citizens in eine Phase der Bilanzierung. Sie entschieden, zunächst ihren Kampf durch bayernweite Mobilisierungen von AsyllagerinsassInnen zu einem Marsch nach München horizontal auszuweiten. Mit ihrer festen Entschlossenheit und mit der Radikalität ihrer Mittel hatten die Forderungen der Non-Citizens eine breite Öffentlichkeit erreicht, der Kampf war aber auch an eine Grenze gestoßen: Er blieb trotz seiner Medienwirksamkeit gesellschaftlich isoliert; er suchte keinen Anschluss an die ArbeiterInnenklasse, um weitere Sektoren zu gewinnen und ein höheres politisches Niveau zu erreichen.

Die Möglichkeit, dies zu ändern, konkretisierte sich mit dem

1. Non-Citizens: „Nicht-(Staats-)BürgerInnen", Selbstbezeichnung der Gruppe protestierender AsylbewerberInnen ohne festen Aufenthaltsstatus, die derzeit das Münchner DGB-Haus besetzt halten.
2. Archiv: http://www.refugeetentaction.net; aktuelle Seite: http://refugeestruggle.org.
3. Warum leisten wir Widerstand. http://www.refugeetentaction.net/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=19&Itemid=149&lang=de.
4. Jungle World: „Ein Hungerstreik ist kein Scherz." http://jungle-world.com/artikel/2013/28/48051.html.



Non-Citizens

3. September: Nachdem die Non-Citizens auf ihrem zweiwöchigen Marsch täglich Polizeirepressionen ausgesetzt waren und in München von FaschistInnen bedroht wurden, suchten sie im Gewerkschaftshaus Sicherheit. Sie blieben allerdings nicht dabei stehen, eine externe Übernachtungsmöglichkeit anzunehmen, die ihnen DGB-FunktionärInnen vermittelten, und die sie erneuter Isolation ausgesetzt, die baldige Zwangsrückkehr in die Lager bedeutet und keine Perspektive gegeben hätte. Sie entschieden sich politisch für das Gewerkschaftshaus und nicht etwa für ein Kirchenasyl, und richteten tags darauf an die Gewerkschaften die Frage, *„ob sie die Forderungen der Bewegung [der Non-Citizens] – zugehörig zur untersten Schicht der Arbeiterklasse – verteidig[en] oder nicht."*[5]

Diese Festung, die sie gegen Polizeirepression schützt und ihnen Zugang zu anderen Sektoren ihrer Klasse verschaffen kann, musste aber zunächst von innen erobert werden. Als die Nacht einsetzte, während eine Kolonne von Spezialeinsatzkräften vor den Toren bereit stand, verhandelte die Münchner Gewerkschaftsbürokratie mit der Polizei und erhöhte auf die etwa 60 Non-Citizens und etwa gleich viele UnterstützerInnen den Druck der gewaltsamen Räumung: Zugesagt gewesen sei nur ein Aufenthalt bis 22 Uhr, das Gewerkschaftshaus sei ein Bürogebäude, es sei unmöglich hier zu übernachten.[6] Beschwichtigungen, es gebe keine Repressionen zu befürchten, schenkten die Protestierenden keinen Glauben, hatten sich doch bisher *„alle Parolen der Menschenrechte und des demokratischen Deutschlands [als] hohl und inhaltslos"*[7] erwiesen. Ihre Beharrlichkeit siegte: Zum Stand der Redaktion dieses Artikels werden die Non-Citizens bis auf weiteres im Gewerkschaftshaus München geduldet.

In einer Presseerklärung am nächsten Morgen erklärten sie der Öffentlichkeit, dass sie als Teil der ArbeiterInnenklasse eine politische Unterstützung ihrer Forderungen durch die Gewerkschaften erwarten. Sie verlangen eine Positionierung der Gewerkschaften und Parteien, insbesondere eine konkrete politische Unterstützung seitens des DGB. *„Dieser Kampf und Widerstand geht weiter und ein Ende ohne das Erlangen unserer Rechte ist unvorstellbar. Denn wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten"*, erklären sie, zitierend aus dem Manifest der Kommunistischen Partei.[8] Damit bekommt ihr Kampf nicht nur Beispielcharakter, er verweist auch auf die Notwendigkeit einer revolutionären Perspektive zur Aufhebung der Spaltungen der ArbeiterInnenklasse. Die Aktivierung weiterer Sektoren und die Unterstützung gegen jede Form der Repression ist die Aufgabe der Stunde für RevolutionärInnen in diesem Kampf.

Eine revolutionäre Perspektive

Die große Mehrheit der UnterstützerInnen der Non-Citizens vertritt seit Beginn der Kämpfe eine autonome Strategie, die die Selbstbestimmung der Non-Citizens oftmals als Vorwand nimmt, keine eigenen Perspektiven zu entwickeln und sich einer Ausweitung des Kampfes als Klassenkampf zu verweigern. Wir verteidigen die Selbstbestimmung und unabhängige Organisierung der Non-Citizens ausdrücklich: Die Kämpfenden müssen generell selbst über ihren Kampf und ihre Methoden entscheiden. Es ist allerdings kein Eingriff in die Selbstbestimmtheit eines Kampfes, Vorschläge zu machen und Erfahrungen zu teilen. Tatsächlich sahen wir es als Teil der UnterstützerInnen der Non-Citizens stets als unsere politische Pflicht, auf die Notwendigkeit zum Ausbruch aus der Isolierung hinzuweisen, wenn dieser Kampf erfolgreich sein soll.

Zu diesem Zweck gründeten wir, gemeinsam mit unabhängigen AktivistInnen, bereits während des Hungerstreiks am Rindermarkt eine **Perspektivistische Strömung** innerhalb des UnterstützerInnenkreises, die Möglichkeiten zur Zusammenführung mit anderen Sektoren der ArbeiterInnenklasse vorschlug und eine revolutionäre Perspektive für den Kampf aufzustellen versuchte. Im Zuge dessen fand bayernweit eine Diskussion über die Legitimität der Bildung von politischen Richtungsströmungen in UnterstützerInnenkreisen und ihrer öffentlichen Äußerung statt. Wir vertreten weiterhin die Position, dass es weder eine tatsächlich unpolitische Unterstützung geben kann – denn Passivität ist schließlich auch eine Position – noch das Verschweigen der eigenen politischen Position wünschenswert wäre. Gerade angesichts der neuen Dynamik,

5. Offizielle Erklärung der Protestmärsche auf der Pressekonferenz in München. http://refugeestruggle.org/de/article/offizielle-erklaerung-der-protestmaersche-auf-der-pressekonferenz-muenchen-neunte.
6. Politik muss Antworten finden für die Situation der Flüchtlinge. Erklärung des DGB Bayern. http://bayern.dgb.de/presse/++co++3ff0098c-154f-11e3-9eee-00188b4dc422.
7. Zweites Statement des Protestmarschs am zweiten Tag nach der Ankunft in München. http://refugeestruggle.org/de/article/zweites-statement-des-protestmarschs-am-zweiten-tag-nach-der-ankunft-muenchen-zehnte.
8. Zweites Statement.



die der Kampf mit der Erklärung zum Klassenkampf und dem Versuch, Verbindungen zu anderen Sektoren zu schaffen, bekommt, halten wir auch für den UnterstützerInnenkreis eine gemeinsame Reflexion für wichtig.

Mit der Räumung des Rindermarkts wurde offenbar, dass die autonome Taktik der Platzbesetzung ihre Grenzen hat, denn eine radikaler scheinende Methode als der trockene Hungerstreik ist kaum denkbar. Folgerichtig änderten die Non-Citizens nach ihrer bayernweiten Mobilisierung ihre Taktik, im Wissen, jede weitere Platzbesetzung würde augenblicklich von der Polizei geräumt werden. Die Änderungen ihrer Taktiken sind allerdings auch Ausdruck einer tiefgreifenden Bilanz und daraus resultierenden Selbstdefinition als Teil der ArbeiterInnenklasse, deren Teile nicht mit beliebigen Taktiken kämpfen, sondern die Solidarität ihrer Klasse suchen.

Im Kreis der UnterstützerInnen hingegen fand zunächst keine ausreichende politische Bilanzierung statt und es wurden oft technische Fragen an die Stelle von politischen Notwendigkeiten gesetzt. Es ist selbstverständlich weiterhin notwendig, technische und logistische Arbeit zu übernehmen – allerdings werden sie nicht die politische Perspektive ersetzen. Die Perspektive dieses Kampfes – das zeigt sein aktueller Sprung – kann nicht in einem Verharren bei radikal scheinenden Methoden ohne Klassenstandpunkt liegen. Es ist entscheidend, von der aktuellen Position ausgehend den Kampf zu systematisieren, um der Spaltung der ArbeiterInnenklasse, die Bedingung der Entrechtung der Non-Citizens ist, entgegenzuwirken und eine Massenbasis für weitere Kämpfe zu erlangen.

Spaltungen der ArbeiterInnenklasse

Ein imperialistisches Land wie Deutschland produziert weltweit Arbeitsmigration, Flucht und Vertreibung. Arash Dosthossein, Non-Citizen und Teilnehmer am Münchner Hungerstreik, erklärte: *„Die Non-Citizens sind nicht das schwächste Glied in der Gesellschaft, sondern die unterste Schicht der Arbeiterklasse. Das ist keine Schwäche. Der Kampf um Rechte gehört zu ihrem Leben, weil sie nicht anders handeln können. […] Es liegt an der kapitalistisch-imperialistischen Weltordnung, daß Menschen aus ihren Ländern fliehen müssen."*[9] Der Kampf der untersten Schicht der ArbeiterInnenklasse muss, wenn er zu Ende geführt werden soll, in einen Kampf gegen den Imperialismus münden, den diese Schicht nicht alleine gewinnen kann.

Die imperialistische Konkurrenz presst Reichtum wirtschaftlich und militärisch aus den Kolonien und Halbkolonien heraus und verursacht Krisen in der weltweiten Peripherie. Gleichzeitig dient die Akkumulation dieses Reichtums in den Zentren der Festigung der Herrschaft über die ArbeiterInnenklasse im eigenen Land – und damit der Durchsetzung von Massenentlassungen, der Prekarisierung und dem Auseinandertreiben des Proletariats mittels Privilegierungssystemen.

In Folge der imperialistischen Ausbeutung strömen immer größer werdende Teile der internationalen ArbeiterInnenklasse in Richtung der imperialistischen Zentren, um dort vor Kriegen und Armut Schutz und Arbeit zu bekommen. Nur diese Länder sind in der Lage, Lebensstandard und Stabilität aufgrund ihrer aus den Halbkolonien und Kolonien angeeigneten Reichtümern anzubieten. Die Teilung von AsylbewerberInnen und anderen MigrantInnen nach gerechtfertigten und nicht gerechtfertigten Migrationsgründen – etwa „Krieg vs. Arbeitsmigration" – ist deshalb nicht zu halten. Armut, Arbeitslosigkeit, Kriege, Instabilität, Perspektivlosigkeit usw. sind die Folgen des imperialistischen Weltsystems für die ArbeiterInnenklasse, deren unterste Schicht keinen festen Aufenthaltsstatus hat.

Unterdrückung und rechtliche Ausgrenzung enden aber keineswegs, wenn die Mitglieder dieser Schicht den Weg nach Deutschland oder in andere imperialistische Zentren schaffen. AsylbewerberInnen haben keinen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt und auch MigrantInnen mit festem Aufenthaltsstatus sind zahlreichen Schikanen ausgesetzt und regelmäßig zu prekärer Arbeit gezwungen. Die Diffamierung von Arbeitslosen, die gesellschaftliche Unterdrückung der Frau und rassistische Gesetzgebung gegenüber MigrantInnen sowie die völlige Ausgrenzung ihres entrechtetsten Sektors ohne festen Aufenthaltsstatus können nicht isoliert voneinander betrachtet oder definitiv bekämpft werden. Zum Kampf um die Einheit der ArbeiterInnenklasse gehört deshalb auch die Forderung nach vollen und bedingungslosen demokratischen Rechten für alle MigrantInnen in Deutschland.

Der Ausschluss vom regulären Arbeitsmarkt hat zur Folge, dass Non-Citizens keine Möglichkeit zur Organisierung als ArbeiterInnen haben. Die Gewerkschaftsbürokratie allerdings hat selbst kein materielles Interesse, den Kampf der unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse über eine symbolische Ebene hinaus zu unterstützen. Dies zeigte sich deutlich an ihrem starken Widerständen gegen die Aufnahme der Non-Citizens ins Münchner Gewerkschaftshaus. Es zeigte sich in der Vergangenheit ebenso deutlich an der Tolerierungspolitik der DGB-Bürokratie gegenüber der Ausweitung von Leiharbeit oder konkret am Verrat gegenüber den ArbeiterInnen bei Betrieben wie Neupack oder Opel Bochum.

Die notwendige Zusammenführung der Kämpfe verschiedener lohnabhängiger Sektoren muss deshalb auch der Kampf einer antibürokratischen Strömung in den Gewerkschaften zur Rückeroberung der eigenen Organisation gegenüber der sozialökonomisch bedingten Klassenkollaboration ihrer FunktionärInnen sein. In dieser Hinsicht ist der Kampf der Non-Citizens ein wichtiges Beispiel für andere Sektoren der ArbeiterInnenklasse: Die selbstbewussten Forderungen der Non-Citizens an den DGB, verbunden mit ihrer kühnen Aktion, zeigen, dass es mit entschlossenem Handeln und demokratischer Selbstorganisierung möglich ist, Positionen zu erobern und die Bürokratie zu Zugeständnissen zu zwingen, mag diese auch übermächtig wirken.

Die Non-Citizens mit allen Kräften bei der weiteren Eroberung von Positionen zu unterstützen, auf die Gefahren der Bürokratie und auf Möglichkeiten der Vereinigung von Kämpfen mit anderen Sektoren der ArbeiterInnenklasse hinzuweisen, ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens, um Minimalforderungen wie die Verteidigung der Protestierenden gegen Repressionen, insbesondere gegen Abschiebungen, sowie die Verbesserung ihrer Bedingungen und die Ausweitung ihrer demokratischen Rechte zu erkämpfen. Dazu ist eine breite Front nötig, die einen demokratischen Kampf antritt. Zweitens, weil es keine verkürzten Lösungen für diesen Kampf geben wird. Als Verwalterinnen eines imperialistischen Staates sind die deutschen Regierungen darauf angewiesen, dass die Ausbeutungs-, Unterdrückungs-, und Privilegierungssyteme im eigenen Land sowie die anhaltend verschärften Ausbeutungs- und Unterdrückungsmöglichkeiten in der Peripherie aufrecht erhalten bleiben. Den Grenzen, die die bürgerliche Demokratie setzt, steht einzig die Grenzenlosigkeit der ArbeiterInnenklasse gegenüber. Nur der Eintritt ihrer breiten Sektoren in den Klassenkampf kann tatsächlich genug Gewicht aufbringen, um Lösungen für die Non-Citizens und alle vom Imperialismus Ausgebeuteten und Unterdrückten anzubieten.



Zu den Protesten der Non-Citizens:
(Flugblatt der Perspektivistischen Strömung)
➟ **www.klassegegenklasse.org/zu-den-protesten-der**

9. Junge Welt: „Wir gehen nicht auf die Straße, um zu betteln." http://www.jungewelt.de/2013/07-12/029.php.



Neupack: Eine krasse Niederlage

Das unrühmliche Ende eines neunmonatigen Arbeitskampfs

von **Victor Jalava** und **Tom Hirschfeld** (RIO, Berlin/Potsdam)

Befristete Verträge, unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit, teilweise Löhne, die unter Hartz IV-Niveau liegen – viele von uns müssen unter solch prekären Bedingungen ackern. Und die Zeichen deuten auf weitere Verschlechterungen, wenn wir ArbeiterInnen und linke Organisationen nicht für bessere Bedingungen kämpfen. Die KollegInnen von Neupack haben monatelang für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" gekämpft. Statt eines Tarifvertrags bekamen sie aber eine Lektion in Sachen Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsführung. Aus dem verheerenden Verlauf des Arbeitskampfs müssen jetzt die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Neupack – das ist ein mittelständisches Familienunternehmen. Hajo, Jens und Lars Krüger führen ein autokratisches Regiment in ihren beiden Fabriken in Hamburg und Rotenburg an der Wümme. Bei Neupack werden Kunststoffverpackungen, beispielsweise für Molkereiprodukte, hergestellt. Nach einem jahrelangen, mühseligen Prozess der Gewinnung von KollegInnen für die Gewerkschaft kam es nach Scheingesprächen mit der Geschäftsführung schließlich am 1. November letzten Jahres zum Streik – für bessere Löhne, aber vor allem für einen Tarifvertrag. Etwa die Hälfte der knapp unter 200 KollegInnen (eine genau kalkulierte Zahl, um dem Betriebsrat die Freistellung zu verweigern) wagte den Widerstand trotz aller Gefahren.

Die IG BCE, die drittgrößte Gewerkschaft in Deutschland, blies unter diesem Druck zum Angriff. *„Wir werden an Neupack ein Exempel statuieren – koste es, was es wolle!"*, rief Gewerkschaftsführer Michael Vassiliadis aus. Und in Hamburg versammelten sich in und um den Solikreis Neupack viele GewerkschafterInnen, Linke und radikale Linke um den Kampf zu unterstützen.

Die Geschäftsführung nutzte die Polizei und die Gerichte, überzog die KollegInnen mit Kündigungen und holte StreikbrecherInnen herbei. Sie weigerte sich strikt, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, geschweige denn einen Tarifvertrag zu akzeptieren. Trotzdem mehrten sich nach über 2 Monaten Vollstreik die Hinweise, dass der Arbeitskampf auch ökonomische Wirkung hat. Am 24. Januar dann eine der entscheidenden Wendungen im Streikverlauf: Die Gewerkschaftsbürokratie setzte eine neue Streiktaktik durch: Die KollegInnen wurden an die Arbeit geschickt, den Repressalien ausgesetzt, mussten die Lager wieder auffüllen – offiziell wurde dies als „Flexi-Streik" bezeichnet. Das sollte angeblich einen häufigen und spontanen Wechsel zwischen Streikzeiten und Arbeitseinsätzen bedeuten, um die Gegenseite „zu verunsichern". Faktisch gab es jedoch anfangs nur noch ein bis zwei Streiktage, später wurde wochenlang gar nicht die Arbeit niedergelegt.[1]

1. Für weitere Details des Streikverlaufs, siehe: Tom Hirschfeld: Vier Monate Streik. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. http://www.klassegegenklasse.org/vier-monate-im-streik/

Das von der IGBCE offiziell als großer Erfolg etikettierte Ergebnis (*„nahe an einem Tarifvertrag"*) des neunmonatigen Kampfes: Kein Tarifvertrag, weiterhin Einzelverträge, eine Vereinbarung zwischen Krüger und Betriebsrat über Entgeltstufen, die immer noch variable Bezahlung möglich machen. Weiterhin befristete Verträge – bei einer durch die StreikbrecherInnen unnötig großen Belegschaft.

Dass dieses Ergebnis überhaupt durchkam, ist wiederum nur mit der Zermürbung der KollegInnen zu erklären. Dazu kommt, dass auch dieser Kompromiss teuer erkauft wurde: Monatelange Lohneinbußen und psychische Belastung im Streik machen die erkämpfte Erhöhung wieder zunichte. Das Mobbing im Betrieb und vor allem der Verrat der IG BCE haben viele KollegInnen in die völlige Resignation getrieben. Einige sind sogar wieder aus der Gewerkschaft ausgetreten.

Murat Güneş und die Helden von Neupack

„Es wurde Euch übel mitgespielt, KollegInnen!", kann man ohne Zögern ausrufen. Diese Hundert gehören zum Besten, was die deutsche ArbeiterInnenklasse zur Zeit hervorgebracht hat. Hundert KollegInnen zwölf verschiedener Muttersprachen haben sich unter schwierigsten Umständen gegen ihre AusbeuterInnen gewendet. Ohne Kampferfahrungen haben sie sich dank der Vorarbeit einzelner wie Betriebsrat Murat Güneş organisiert und sind in den Konflikt getreten. Sie haben den Abbau des Hamburger Streikzeltes über Weihnachten durch die Gewerkschaftsbürokratie verhindert und sich erst nach zwei Tagen intensiver Diskussion zum Abbruch des Vollstreiks überreden lassen. Sie sind trotz „Flexi-Verarsche" monatelang weiter zu den Mitgliederversammlungen gekommen. Sie haben die FunktionärInnen im Streikzelt beim Treffen des Hamburger Solikreises hart kritisiert. Am 1. Mai gab es Pfiffe für den Vorsitzenden der IG BCE. Doch der Bruch mit der bürokratischen Streikleitung wurde nicht vollzogen. Der IG BCE-Apparat hielt die Zügel immer in der Hand.

Dabei wäre der notwendige Bruch mit der Bürokratie gerade bei Neupack möglich gewesen. Die KollegInnen merkten, dass sie betrogen wurden. Die Bürokratie war nicht so gut aufgestellt wie andernorts, verfügte über keinen betrieblichen Apparat. Hingegen gab es einen Solikreis in Hamburg, dessen führender Teil Bürokratie-kritische Positionen vertrat.

Es gab mehrere Versuche, Streikkomitees einzurichten. Nach der Durchsetzung des sogenannten „Flexi-Streiks" gab es Rufe nach einer örtlichen Streikleitung. Leider gelang es nicht, solche Strukturen zu etablieren. Sie hätten, obwohl nur als Ergänzung zum Gewerkschaftsapparat gedacht, als gewählte Organe der Basis ein wichtiger Ansatzpunkt für einen Bruch mit der Politik der Gewerkschaftsbürokratie sein können. Weil dies jedoch scheiterte, konnten die FunktionärInnen die Mitglieder-



versammlungen, die gleichzeitig während der „Flexi-Verarsche" fast die einzigen Streiktage darstellten, voll unter ihrer Kontrolle halten. Bei einem Treffen der Streikenden im April, welches unter Ausschluss der GewerkschaftsfunktionärInnen stattfand, sah es so aus, als könne sich eine kollektive Opposition zur Bürokratie formieren. Durch ein Manöver der Streikverantwortlichen der IG BCE kam es schließlich nicht dazu. Sie gaben sich kurzzeitig kämpferisch und weckten bei den KollegInnen einschließlich ihrer Führungsfiguren wohl die Illusion, dass man den Streik wieder effektiv führen könnte, ohne sich in direkte Konfrontation mit der offiziellen Streikleitung begeben zu müssen.

Nichts geht wegen der Gewerkschaftsbürokratie

Die Politik der IG BCE bewies eindrücklich, dass die Gewerkschaftsbürokratie ein Hindernis für die ArbeiterInnenklasse darstellt, das es zu überwinden gilt. Die Vorstellung der Sozialpartnerschaft, der Zusammenarbeit zwischen den Klassen, wurde bei Neupack von der IG BCE-Bürokratie ganz ausdrücklich vertreten, ja sogar als Zielsetzung dieses Arbeitskampfs benannt. Der Ablauf und das Ergebnis des Streiks sind ein besonders deutliches Beispiel dafür, wie verheerend diese Ideologie für unsereins und wie gewinnbringend sie für die besitzende Klasse ist.

Gewerkschaften haben den Neupack-Streikenden Kohle gespendet, aber nicht genug Solidarität organisiert.

Die vor den KollegInnen geheim geführten Gespräche mit den Bossen, die Begrenzung der Selbstbestimmung der Streikenden auf das Unwichtigste – dies sind Methoden, die die BürokratInnen in Deutschland nutzen. Die Gewerkschaftsbürokratien sind letztlich Agenturen der Kapitalherrschaft in den Reihen der ArbeiterInnenklasse. Auch wenn die IG BCE in diesem Fall ein besonders haarsträubendes Beispiel lieferte, so gilt diese Feststellung doch genauso für alle anderen Gewerkschaftsapparate. Wenn hauptamtliche FunktionärInnen in ver.di plötzlich „demokratische Mitbestimmung" in Streiks für sich entdecken, dann letztlich nur als ein Instrument, ihren schwindenden Einfluss nicht völlig zu verlieren – es ist jedoch nie auf eine wirklich demokratische Führung des Streiks durch die ArbeiterInnen ausgerichtet.

Auch die IG BCE bei Neupack nutzte verschiedene Gesichter, um ihr Vorgehen den KollegInnen zu verkaufen. Da war nicht nur der IG BCE-Nord-Chef Ralf Becker, der aus Hannover die kontraproduktive Streiktaktik vorgab. Da gab es auch die freundlichen FunktionärInnen vor Ort, die bereitwillig an der Basis vertraten, was von oben diktiert wurde. Hinter vorgehaltener Hand stimmten manche von ihnen der Kritik an der Streiktaktik zu – doch nach außen verteidigten sie die Linie der Führungsetage. Sich auf die Seite der Streikenden zu stellen, hätte bedeutet, sich in Konflikt mit den eigenen Vorgesetzten zu begeben und damit den eigenen Job zu riskieren. Man kann es ihnen kaum zum Vorwurf machen – aber gerade die Streikenden (aber auch alle UnterstützerInnen) müssen sich in solch einer Situation bewusst sein, dass die „kleinen" FunktionärInnen vor Ort ebenso Teil des bürokratischen Apparats sind, wie Becker oder Vassiliadis.

Was es bei Neupack bisher nicht gab: Einen gut geschmierten betrieblichen Kontrollapparat, der sich über Betriebsgruppen-Hierarchien und von oben geförderte Betriebsratskarrieren erstreckt. Die Tatsache, dass es lange Zeit kaum gewerkschaftliche Organisierung und nur einzelne aktive und kritische Betriebsräte gab, hatte das ebenso verhindert, wie die ultra-gewerkschaftsfeindliche Politik der Krügers. Dadurch, sowie durch die von Beginn an solidarische, aber gegenüber der Bürokratie auch kritische Begleitung des Kampfes durch den Solikreis, ergab sich bereits eine sehr interessante Ausgangslage.

Im weiteren Verlauf eröffneten sich im Streik Konfliktlinien, bei denen jedeR klassenkämpferischeR Linke hätte hellhörig werden müssen: Die Gewerkschaft beging einen kaum verschleierten Verrat an den Interessen der KollegInnen, in dem sie ausrief, „Wir wollen das Unternehmen nicht kaputt streiken!", und die Belegschaft bewusst täuschte, um die „Flexi-Taktik" durchzusetzen. Obwohl schnell deutlich wurde, dass dies ausschließlich dem Unternehmen in die Hände spielte, war der Kampfeswille der KollegInnen damit noch nicht gebrochen. Der offizielle Streikzustand dauerte nicht nur deshalb weitere sechs Monate an, weil die Geschäftsführung auf keinerlei Kompromisse eingehen wollte, sondern auch, weil die Streikenden nicht bereit waren, aufzugeben.

Während ein Teil von ihnen die neue Taktik von Anfang an kritisch sah, stand wenige Wochen später eine Mehrheit der Streikenden der Bürokratie enttäuscht und wütend gegenüber. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung trafen sie sich Anfang April unter Ausschluss der FunktionärInnen, um einen Brief an die Gewerkschaftsführung zu verfassen, in dem sie die Entscheidungsgewalt über die weitere Streiktaktik einforderten. Die Zustände und Mechanismen innerhalb der deutschen Gewerkschaften, die überhaupt erst in diese Situation geführt haben, hätten in diesem Streik grundlegend in Frage gestellt werden können. Dazu hätte es der radikalen und gewerkschaftlichen Linken gelingen müssen, die antibüro-

kratischen Tendenzen aufzugreifen und voranzutreiben, die in diesem Kampf so deutlich wie in keinem anderen aktuellen Fall zu Tage getreten sind. Stattdessen müssen nun die KollegInnen die bittere Zeche dafür zahlen, dass es nicht gelang, den IG BCE-Wölfen im Schafspelz etwas entgegenzusetzen.

Nichts geht ohne den Hamburger Solikreis

Der Solikreis in Hamburg hat die KollegInnen lange Zeit begleitet und von Anfang an hervorragende Arbeit bei der Unterstützung geleistet. Er spielte eine wichtige Rolle durch die Bekanntmachung des Kampfes und durch die Initiierung verschiedener Aktionen. Dies war die Rolle, auf die die Gewerkschaftsbürokratie ihn gerne beschränkt gesehen hätte. Gleichzeitig kritisierte aber zumindest der führende Teil des Solikreises öffentlich die gewerkschaftliche Führung und bot mit seinen Treffen im Streikzelt einen Rahmen, in dem die KollegInnen ihre Zweifel und ihre Wut ausdrücken konnten. Nach Beginn der „Flexi-Verarsche" und dem späteren Abbau des Streikzelts kam aus dem Solikreis wichtiger Rückhalt für die kritischen KollegInnen.

Aus dieser zentralen Rolle ergibt sich vor dem Hintergrund der Niederlage aber auch die Frage, was besser hätte gemacht werden können, um das Blatt zu wenden. Im Solikreis versammelten sich zum Teil GenossInnen, die über weit mehr politische und auch praktische Streik-Erfahrung verfügen als die kämpfenden KollegInnen. Die Notwendigkeit einer aus den Reihen der Streikenden gewählten Streikleitung war zumindest den zentralen Beteiligten klar.

Wir von RIO sind selbst erst spät von außen zum Streikgeschehen hinzugestoßen sind und konnten viele Ereignisse und Diskussionen erst im Nachhinein und aus zweiter Hand nachvollziehen. Ohne dessen Leistungen schmälern zu wollen, halten wir es doch für die Bilanzierung des Streiks für notwendig, auch den Solikreis Neupack einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Wir können hier keine abschließende Bilanz der Arbeit des Solikreises vorlegen (dies ist schließlich auch mit die Aufgabe der dort Aktiven selbst), aber Fakt ist, dass es ihm nicht gelungen ist, die Streikenden und den entstehenden antibürokratischen Geist soweit auch politisch zu unterstützen, dass diese sich selbstständig gegen die offizielle Streikführung organisiert und sie in ihre eigenen Hände genommen hätten.

Wäre es nicht notwendig und möglich gewesen, mit noch mehr Nachdruck die Öffnung der Mitgliederversammlungen für alle UnterstützerInnen zu fordern? Wäre es nicht möglich gewesen, auf diesem und auf anderen Wegen für die Einrichtung demokratischer Streikversammlungen zu kämpfen? Wir haben keine definitive Antwort darauf, aber wir halten die Diskussion über diese Fragen für äußerst wichtig.

Dazu kommt, dass es kaum gelang, teilnehmende Gruppen über einzelne Mitglieder hinaus in die Verantwortung zu ziehen. Die Vorgabe, dass nur Individuen und keine Gruppen im Solikreis arbeiten sollten, machte es für die verschiedenen Organisationen noch leichter, sich aus der Affäre zu ziehen. Gerade aber die bundesweiten Organisationen hätten die Aufgabe gehabt, ein Netz von Solidaritätskomitees aufzubauen, das den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie wirksamer denunzieren und ein Rückhalt für eine Streikleitung der Streikenden hätte sein können.

Der Dilettantismus der radikalen Linken

Doch die radikale Linke insgesamt hat der Niederlage nicht genügend entgegengesetzt. Nach der Durchsetzung der „Flexi-Verarsche" hat ein Teil zwar das Vorgehen der IG BCE-Führung in ihren Publikationen verurteilt. Aber anstatt die Solidarität zu verstärken und Wege zu suchen, wie man den KollegInnen helfen könnte, sich aus dem sozialpartnerschaftlichen Würgegriff zu befreien und den Kampf der KollegInnen von Neupack zu einer bundesweiten Frage zu machen, blieben die meisten Gruppen zurückhaltend oder völlig passiv.

Beispielsweise hat sich die größte trotzkistische Organisation in Deutschland, die SAV, trotz vorhandener Ortsgruppe in Hamburg, nur kurzzeitig zu Beginn des Streiks am Solikreis beteiligt und danach auf jede intensivere Unterstützung verzichtet – lediglich an einigen wenigen öffentlichen Aktionen waren die GenossInnen zu sehen. Durch eine solche Haltung wurde die Chance zum Aufbau einer antibürokratischen Strömung, die unserer Meinung nach bei Neupack greifbarer wurde als bei jedem anderen Arbeitskampf der letzten Zeit, leichtfertig vertan.

Die Konferenz „Erneuerung durch Streik" von Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di Stuttgart ließ Murat Güneş zwar reden, weigerte sich aber, über aktive Unterstützung auch nur zu diskutieren.[2] Revolutionäre Gruppen, die den Streik vorher aktiv unterstützt hatten, erklärten in der Zeit, als die Situation der Streikenden besonders schlimm und die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie unfassbar offensichtlich wurde, den Streik mehr oder weniger ausdrücklich für gescheitert. Sie wandten sich lieber, angenehmeren, nun wichtigeren Fragen zu.

Wir von RIO schließen an die Kritik der radikalen Linken im Allgemeinen natürlich auch eine kritische Reflexion unseres eigenen Vorgehens an. Selbst für eine Organisation ohne Präsenz in Hamburg oder Rotenburg haben wir viel zu spät ernsthaft von dem Kampf bei Neupack Notiz genommen. Erst nachdem die „Flexi-Verarsche" schon eine Weile lief, wurden wir uns der Bedeutung der Situation bewusst und warfen unser geringes Gewicht in die Waagschale – mit Artikeln, Redebeiträgen, Veranstaltungen und der Initiierung des Berliner Solikreises. Dieser hat es jedoch nie geschafft, eine eigene Dynamik zu entwickeln und blieb im initialen Stadium stecken. So konnte unsere Unterstützung kaum mehr als symbolischen Charakter erlangen, doch glauben wir, dass es – bei all unseren Grenzen – möglich gewesen wäre, mit der Hilfe von anderen Gruppen eine wirksamere Solidarität zu entwickeln, wenn diese die Notwendigkeit dazu erkannt hätten.

Lehren ziehen!

Wir können feststellen, dass die Niederlage der IG BCE in erster Linie natürlich zum Schaden der KollegInnen ist, zugleich aber eine Niederlage der bestehenden Strategie der radikalen Linken – ihrer Unfähigkeit, kritische Punkte im Klassenkampf zu erkennen und für die Schaffung einer unabhängigen politischen Partei der ArbeiterInnenklasse zu nutzen. Der Kampf bei Neupack lehrt (trotz aller Fragen, die für eine Bilanz im einzelnen noch bestehen), dass die Frage der Streikdemokratie eine Schlüsselfrage für die Entwicklung der ArbeiterInnenpolitik ist und dass die Schaffung einer antibürokratischen Basisbewegung in den Gewerkschaften keine ferne Perspektive darstellt, sondern ein kurzfristigeres Ziel sein muss, dass durch kühnes Ausnutzen der vorhandenen Widersprüche erreicht werden muss – zur Schaffung einer Grundlage für die Überwindung der Gewerkschaftsbürokratien als einem der Haupthindernisse auf dem Weg zum Sturz der ausbeutenden Klasse.

Wir rufen alle Beteiligten dazu auf, sowohl untereinander als auch mit uns darüber zu diskutieren, welche Lehren aus diesem Streik gezogen werden müssen. In den kommenden Monaten wollen wir darauf aufbauend eine Broschüre verfassen, die eben jene Lehren aufhebt. An dieser Stelle sei außerdem darauf hingewiesen, dass die Schikanen bei Neupack weitergehen und Klagen gegen aktive Streikende, wie auch das Kündigungsverfahren gegen Murat Güneş weiterlaufen und Solidarität weiterhin notwendig ist!

2. Tom Hirschfeld und Mark Turm: Eine Konferenz für die Bürokratie. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. http://www.klassegegenklasse.org/eine-konferenz-fur-die-burokratie/.



Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Angestellte LehrerInnen in Berlin gehen seit acht Monaten auf die Straße



Angestellte LehrerInnen beim Warnstreik am 18. Februar

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Seit Dezember letzten Jahres sind die angestellten LehrerInnen in Berlin zehnmal in den Warnstreik getreten. Im Mai fand eine ganze Streikwoche statt, und nach den Sommerferien gingen die Ausstände gleich weiter. Seit 2004 werden Lehrkräfte in der Hauptstadt nicht mehr verbeamtet. Mittlerweile sind 9.000 der insgesamt 29.000 LehrerInnen angestellt – und jedes Jahr werden es mehr. Mit den Streiks erheben sie eine ganz alte Forderung der ArbeiterInnenbewegung: Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Die Spaltung des Lehrkörpers zwischen Angestellten und BeamtInnen soll dazu dienen, Kosten zu sparen. Zusätzlich dazu gibt es auch viele prekäre Arbeitsverhältnisse an Berlins Schulen: So arbeiten LehrerInnen in der „Personalkostenbudgetierung" (PKB) für etwa ein Drittel des normalen Lohns. Sie bekommen Verträge immer nur für einige Wochen oder Monate, weil sie offiziell nur kranke LehrerInnen vertreten. Doch in vielen Fällen unterrichten sie seit Jahren das gleiche Fach an der gleichen Schule. Neben den PKBlerInnen gibt es auch Ein-Euro-JobberInnen in der Verwaltung und MinijobberInnen in den privatisierten Cafeterias.

Der rot-schwarze Senat bietet nichts an – außer Provokationen. So kündigten zwei SenatorInnen „Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs" an, die eine Arbeitszeiterhöhung beinhalteten. Von allen Parteien im Abgeordnetenhaus geht nur die CDU (!) auf die Streikenden ein, und zwar mit der Forderung nach einer Rückkehr zur Verbeamtung. Doch genau das wollen viele junge LehrerInnen nicht – wer würde das Streikrecht wieder abtreten?

Statt zu verhandeln versucht der Senat, das Streikrecht einzuschränken. Vor dem Arbeitsgericht scheiterte er mit dem Versuch, den Warnstreik verbieten zu lassen. Doch die GEW bekam die Auflage, dass sie nur zu Fragen der tariflichen Eingruppierung und der „alter*ns*gerechten Arbeitsbedingungen" streikfähig sei, weil zu Fragen der Entlohnung eine Friedenspflicht herrsche. Doch viele LehrerInnen, auch Mitglieder der Gewerkschaft, verstehen diese alberne Rechtsprechung nicht und fordern schlicht: *„Gleiches Geld für gleiche Arbeit!"* Diese Einschränkung des Streikrechts muss auch von der Gewerkschaft bekämpft werden!

Die ganze Protestbewegung wurde von Anfang an von der Initiative „Bildet Berlin!" vorangetrieben. Junge LehrerInnen schlossen sich vor einigen Jahren zusammen, weil die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sich nicht um die Belange dieser neuen Berufsgruppe kümmerte. Nach ursprünglichen Überlegungen, eine eigene Gewerkschaft zu gründen, wurde die Initiative über die Jahre in die GEW eingegliedert und bildet jetzt den kämpferischsten Teil der Gewerkschaft. Die kleine GEW mit einer kleinen Bürokratie kann relativ leicht unter Druck gesetzt werden. Doch „Bildet Berlin!" zeigt leider auch berufsständische Züge, da sie sich nur für LehrerInnen mit einem zweiten Staatsexamen, nicht etwa für „QuereinsteigerInnen" im PKB-System einsetzt.

Die Bildungssenatorin versucht, die Bevölkerung gegen die LehrerInnen aufzubringen, indem sie betont, dass EinsteigerInnen schon 4.700 Euro verdienen. Die Zahl täuscht – weil das nicht die Grundschulen betrifft, weil Einstiegsgehalt auch Endgehalt ist, weil die Summe nicht tariflich abgesichert ist, weil viele LehrerInnen nur Teilzeit arbeiten. Dennoch ist die Bezahlung für Berliner Verhältnisse nicht schlecht. *„Berlin ist eine verdammt arme Stadt"*, sagte ein Lehrer, *„und was können wir sagen, damit die armen Menschen dieser Stadt sich auf unsere Seite stellen?"*

Dabei können die Fragen der Schulqualität – Unterrichtsausfall und überfüllte Klassen sind überall an der Tagesordnung – SchülerInnen, Eltern und andere Sektoren für den Kampf gewinnen. Die Streikenden gewinnen nicht viel Sympathie, wenn sie sagen, dass sie nach Brandenburg ziehen, wenn sie nicht mehr als 4.700 Euro verdienen. Aber das sieht anders aus, wenn sie die Probleme im Schulsystem lösen wollen.

Dabei wäre es notwendig, auf die solidarische Mobilisierung der SchülerInnen zu setzen. Doch das hat die Gewerkschaft bisher gar nicht versucht (Ausnahmen gab es nur an einzelnen Schulen). Sie richten sich nur an die offizielle LandesschülerInnenvertretung (ein sehr wenig aktives Gremium aus KarrieristInnen), obwohl der Solidaritätsstreik von über 150 SchülerInnen im Mai deutlich machte, dass der Wille zum gemeinsamen Kampf vorhanden ist. Offensichtlich gibt es Angst davor, einen Kampf der SchülerInnen zu entfachen, weil dieser die Autorität der LehrerInnen untergraben könnte. Doch das beweist nur, dass nur LehrerInnen, die sich gegen das autoritäre kapitalistische Schulsystem stellen, sich mit gemeinsamen Mobilisierungen konsequent für ihre eigenen Interessen einsetzen können.

Die LehrerInnen müssen sich mit vielen anderen Sektoren verbinden. Dazu ist es notwendig, dass die Organisation des Streiks in die Hände der Streikenden selbst übergeht. Der kleine GEW-Apparat beschwert sich regelmäßig darüber, dass er nicht mehr Streiks organisieren kann – dabei ist die nahe liegendste Lösung, auf die demokratische Selbstorganisierung der LehrerInnen zu setzen. Jetzt gibt es zwar kleine gewerkschaftliche Treffen, aber immer nur abends – und wer hat Zeit für so etwas, wenn einE LehrerIn 50 Stunden oder mehr pro Woche arbeitet? Notwendig sind Streikversammlungen an den Tagen der Streiks, wenn alle da sind und alle frei haben. Solche Versammlungen können auch garantieren, dass die Gewerkschaftsführung den Kampf nicht mit einem faulen Kompromiss beendet, wie es schon in der Vergangenheit passiert ist.

Bei den weiteren Streiks werden wir uns bemühen, die breiteste Solidarität von SchülerInnen, Studierenden und anderen ArbeiterInnen zu organisieren, denn nur wenn die LehrerInnen ihren Kampf ausweiten, können sie ihre Forderungen durchsetzen. Dabei setzen wir auf die Einheit von Lernenden und Lehrenden im Kampf gegen Prekarisierung.

Eine Chronologie der Proteste mit Berichten von jedem Streiktag gibt es auf unserer Website.

Stell Dir vor, es ist Streik…

Solidarität und eine klassenkämpferische Perspektive für die Streiks im Einzelhandel

von **Markus Oliver** (RIO, Potsdam)

Stell Dir vor, es ist Streik… und niemand geht hin. Was dann passiert, ist seit einem halben Jahr im deutschen Einzelhandel zu beobachten. Obwohl die KapitalistInnen des deutschen Einzelhandels im Frühjahr bundesweit Tarifverträge verbrannten, sieht sich ver.di nicht zu entsprechenden Kampfmaßnahmen angespornt.

Aber ganz von vorn: Der Einzelhandel ist alles das, wo die Ware beim Endverbraucher landet – Kaisers, Ikea und Thalia zum Beispiel. Dort schaffen insgesamt drei Millionen ArbeiterInnen den Reichtum des viel gepriesenen deutschen Mittelstands und einiger größerer KapitalistInnen wie den Aldi-Brüdern. Das ist beinahe jeder zehnte Arbeitsplatz in der BRD. Und ein solcher Arbeitsplatz hat es in sich: Weniger als die Hälfte der EinzelhändlerInnen ist vollzeitbeschäftigt. Der durchschnittliche Lohn liegt unter dem allgemeinen Durchschnitt. Wie so oft bei prekären Arbeitsverhältnissen sind drei Viertel aller EinzelhändlerInnen Frauen.

Fürs Kapital aber nicht prekär genug: Das organisiert sich im Handelsverband Deutschland (HDE) und hat als solcher im Frühjahr – historisch erstmalig – bundesweit alle Tarifverträge einseitig aufgekündigt. Tarifverträge als solche will sich der HDE zwar als profitträchtige Konkurrenzbedingung erhalten, neu ausgestaltet sollen sie aber werden. Die Lohnzahlungen sollen ausdifferenziert und die Arbeitszeiten flexibilisert werden. Die Warenverräumung und Auffüllung soll zu einer ganz neuen Niedriglohngruppe werden, die dann auch diverse Zuschläge verlieren würde.[1]

Angesichts dieser Offensive müssen sich die ArbeiterInnen des Einzelhandels ranhalten. Für die gilt es laut der Gewerkschaft ver.di nicht nur, die Forderungen der „ArbeitgeberInnen" abzuwehren, sondern auch eigene aufzustellen.

Jedoch: Obwohl der Angriff der UnternehmerInnen bundesweit stattfand, gibt es von einer bundesweiten Gegenoffensive der Gewerkschaft kaum eine Spur. Lediglich am Anfang wurde noch massig mit Flugblättern informiert. Gemeinsam gestreikt wurde jedoch nur auf regionaler Ebene. Selbst das ging zurück: Jede Belegschaft organisiert sich inzwischen ganz nach Unternehmens-Zugehörigkeit selbst. Sogar bei hin und wieder auftretenden gemeinsamen Streiks bleiben die KollegInnen in kleinen Grüppchen unter sich. Weiterhin sind die Forderungen von ver.di bundesweit nicht einheitlich. Die obendrein geringe Streikbeteiligung schafft dann eine Situation, unter der sich die „arbeitgebenden" ProfiteurInnen recht wohl fühlen: Ihr Auftreten an Verhandlungstagen könnte nicht selbstsicherer sein. Inzwischen gehen sie weiter in die Offensive und geben manchen Belegschaften 2,5% mehr Lohn, um die dadurch vermeintlich Begünstigten von weiteren Forderungen abzuhalten.

Diese Schwäche zeigt ver.di seit einem halben Jahr. Dabei wäre viel zu tun: Offensichtlich müsste bundesweit gemeinsam gehandelt werden. Außerdem: Wie kann es sein, dass ver.di auch bei Amazon streikt, aber keine Brücke zum Einzelhandel schlägt? Dabei ist es doch gerade die Billiglohn-Konkurrenz des Onlinehandels, die dem HDE noch Rückenwind zur Lohndrückung gibt.

In Berlin kam es inzwischen an zwei Streiktagen des Einzelhandels dazu, dass andere ArbeiterInnen gleichzeitig streikten (einmal die LehrerInnen und einmal die Post). Die KollegInnen erfuhren aber erst abends in den bürgerlichen Medien von der verpassten Chance zur Zusammenarbeit. Pannen, wie dass die KapitalistInnen noch vor den ArbeiterInnen wissen, wann gestreikt wird, geben dem Ganzen dann den Rest.

Der Einzelhandels-Streik ist exemplarisch für die Situation der Gewerkschaften in imperialistischen Ländern wie Deutschland: ideologisch verbürgerlicht, bürokratisch von der Belegschaft entfremdet, sozialpartnerschaftlich handelnd und mit führenden FunktionärInnen in Vorstandspositionen. Es braucht eine antibürokratische, klassenkämpferische Strömung in den Gewerkschaften, um diese von innen heraus räte-demokratisch zu reformieren. Beim Streik heißt das konkret: demokratische Streikversammlungen organisieren, damit die KollegInnen den Streik selbst in die Hand nehmen können.



Streikende EinzelhändlerInnen in Hannover

Des Weiteren ist ein praktisches Fundament der Gemeinschaftlichkeit nötig: Wer nach der Arbeit vereinzelt ist, sowohl in der häuslich-familiären Arbeit als auch in der Freizeit, kann und will sich auch nicht kämpferisch engagieren. Den Streik vermeiden vor allem diejenigen, die mit der legalen wie persönlichen Repression der Chefetage allein gelassen werden. Dagegen braucht es solidarische, gemeinschaftliche und selbstverwaltete Strukturen der Lohnabhängigen innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Charakteristisch für den Einzelhandel ist die Mentalität der ArbeiterInnen als KonsumentInnen: In dieser Branche bietet es sich an, die Läden für die Dauer des Streiktags zu boykottieren. Hierfür braucht es aber in der ganzen Gesellschaft mehr Solidarität. Diese herzustellen, ist auch die Aufgabe von linken Gruppen, die damit auch die Gewerkschaftsbürokratie unter Druck setzen müssen. Besonders Arbeitskämpfe dieser Größe brauchen eine Solidaritätsbewegung auf der Straße, in den Betrieben, Unis und Schulen.

Streikende müssen sich oft anhören, dass es ohne den durch ihre Aktion gefährdeten Umsatz auch keine Löhne gibt. Stimmt, aber: Umsatz selbst gibt es auch nur wegen kleiner und immer kleinerer-Löhne. Dagegen braucht es eine revolutionäre, kommunistische Perspektive und dazu eine Gewerkschaftspolitik, die über das Ziel der möglichst erträglichen Funktionalisierung ihrer Mitglieder für Staat und Kapital hinausgeht. Streiks, bei denen das Bewusstsein der KollegInnen durch Streikdemokratie in Versammlungen und abwählbaren Streikleitungen und durch Erfahrungen der Klassensolidarität vorangetrieben werden kann, können ein Ausgangspunkt für eine solche klassenkämpferische Basisbewegung sein.

1. Nicht falsch verstehen: Zuschläge sind eine existenzielle Notwendigkeit für die meisten „Arbeitnehmer". Entsprechend „freiwillig" leisten diese dann auch Sonn- und Feiertagsdienst.



Türkei: Wie weiter mit dem Taksim-Widerstand?

von **Suphi Toprak** (RIO, München)

In den vergangenen Monaten mobilisierten sich in der Türkei Millionen Menschen auf den Straßen. Der Protest gegen die geplante Schließung des Gezi-Parks am zentralen Istanbuler Taksim-Platz explodierte durch heftige Repression. Momentan ist der Kampf von einer offensiven Haltung in eine Defensive geraten. Wir wollen in diesem Artikel den Prozess und seine Perspektiven bewerten, insbesondere auch im Lichte der akuten Kriegsgefahr in Syrien.

Die Taksim-Bewegung stand vor der Herausforderung, aus der begrenzten Forderung nach dem Erhalt des Gezi-Parks eine soziale Bewegung zu entwickeln, die über diese Forderung hinaus die großen demokratischen und sozialen Fragen in der Türkei aufwirft.[1] Sie geriet in einen gezwungen Rückzug, weil sie es nicht geschafft hat, die ArbeiterInnenklasse massenhaft in den Kampf einzubeziehen und den sozialen Charakter des Kampfes auszuweiten. Die urbane Bevölkerung und die Jugendlichen trieben diesen Kampf voran. Doch abgesehen von symbolischen Streiks der ArbeiterInnen im Dienstleistungssektor konnten andere Sektoren der ArbeiterInnenklasse kaum mobilisiert werden. Der danach versuchte Übergang von aktiven Kämpfen auf die sogenannten Foren gelang den AktivistInnen in der Türkei ebenfalls nicht, so wie es der Occupy-Bewegung in vielen europäischen Ländern auch nicht gelang. Trotzdem ist der Geist des Widerstandes nicht gebrochen. Beispielsweise sind in vielen Stadien in der Türkei heute noch die Parolen des Taksim-Widerstandes zu hören.

Grenzen des „türkisches Modells“

Die Erdogan-Regierung hat während ihrer Regierungszeit eine agressive neoliberale Politik verfolgt und ein prekäres Wirtschaftswachstum auf der Grundlage von Verschuldung und Privatisierung erreicht. Die einst in den Händen von Armee und Staatsapparat befindlichen Sektoren der Wirtschaft wurden privatisiert, die unorganisierten Teile der ArbeiterInnenklasse mit Religion paralysiert und der bürgerlichen Politik gefügig gemacht. Das ist der Geburtsmoment des „türkischen Modells“. Der Taksim-Kampf markiert den Beginn des Niedergangs dieses Modells und hat eine tiefe Krise im politischen Regime des Landes ausgelöst.

Das türkische Modell sollte gerade in Tunesien und Ägypten den neoliberalen Angriff auf die verstaatlichten Teile der Wirtschaft erleichtern, die Fortführung proimperialistischer Politik legitimieren und das Erwachen der ArbeiterInnenklasse und der Massen im „arabischen Frühling“ mit dem Opium Islam stoppen. Die objektiven Grenzen des türkischen Modells, die Massen von der Straße zu halten, wurden aber in diesem Sommer ersichtlich. Dies diskreditierte auch die AblegerInnen des türkischen Modells in den anderen Ländern. Die Massen hatten in Ägypten ihren Kampf wieder aufgenommen, um Mursi zu stürzen, der in seiner Regierungszeit rasch an Unterstützung verlor. Der Putsch der ägyptischen Armee ist hauptsächlich ein Angriff auf die kämpfende ArbeiterInnenklasse und die Jugend und bringt das Land an den Rand eines brutalen Bürgerkriegs. Die ArbeiterInnenklasse wäre fähig gewesen, die Mursi-Herrschaft zu überwinden, jedoch verhinderte die Armee diesen Schritt gewaltsam und versucht mit Massakern und Ausnahmezustand die Kontrolle zurückzugewinnen. Der Kampf in Istanbul inspirierte auch den Kampf in Brasilien, weshalb die dortigen Mobilisierungen einige Losungen aus der Türkei mit aufnahmen.

Jugend als Vorbotin

Die Jugendbewegung ist die Vorbotin des offenen Klassenkampfes. Durch ihre Mobilisierungen hat sie für eine breite Politisierung und begrenzte Verbreitung der Kampfbereitschaft auf

1. Stefan Schneider: Die Aufstände in der Türkei am Scheideweg". http://www.klassegegenklasse.org/die-aufstande-in-der-turkei-am-scheideweg/.

andere Sektoren der Gesellschaft gesorgt, wie in den sektoralen Generalstreiks im Juni gegen die Repression sichtbar wurde. Dennoch hat es die korrupte Gewerkschaftsbürokratie geschafft, die ArbeiterInnen von den Kämpfen um den Gezi-Park größtenteils fernzuhalten, wie sie es schon seit Jahrzehnten tut. Die Streiks der letzten Jahre wie beim Tabakkonzern TEKEL und der Flugfirma Turkish Airlines sind Risse in dieser Tendenz, dennoch bleibt die Jugend zurzeit an der Vorfront der Mobilisierungen.

Mit dem Beginn des neuen Unisemesters im Herbst und der drohenden Intervention in Syrien ist eine neue Protestwelle sehr wahrscheinlich. Es ist jetzt die Hauptaufgabe der Jugend, verstärkt die Verbindung mit der ArbeiterInnenbewegung zu suchen, um das türkische Regime wirksamer zu konfrontieren. Die verschiedenen kleinbürgerlichen Ideologien, die den Kampf der Studierenden entweder für sich, beschränkt auf die Universitäten, führen oder ohne die ArbeiterInnenklasse die Regierung konfrontieren wollen, versagen gerade bei der entscheidenden Aufgabe, den Kampf der Jugend und der ArbeiterInnenklasse zusammenzuführen.

Dabei hat die ArbeiterInnenklasse in der Türkei eine kämpferische Tradition und es kam auch in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Besetzungen von Betrieben durch ArbeiterInnen. Dennoch war es bisher den ArbeiterInnen nicht gelungen, die Produktion selbst in die Hand zu nehmen. Doch dies ändert sich: Die TextilarbeiterInnen von Kazova haben nach monatenlangem Streik den Betrieb selbst übernommen. Der alte Boss verweigerte ursrpünglich die Auszahlung der Löhne von vielen Monaten. Diese Erfahrung in einem Textilbetrieb kann das politische Bewusstsein der gesamten ArbeiterInnenklasse beflügeln. Daher ist die Aufgabe der RevolutionärInnen in der Türkei, diesen Kampf zu unterstützen und gegen Bosse, Polizei und BürokratInnen zu verteidigen, damit die verstaatlichte Produktion unter der Kontrolle der ArbeiterInnen erkämpft werden kann. Dafür ist auch der Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei vonnöten.

Die Politik der kurdischen Bewegung

Die Türkei ist trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre und des wachsenden Einflusses in der Region weiterhin eine Halbkolonie. Dies drückt sich im enormen Einfluss ausländischen Kapitals in der Türkei aus, genauso wie in den begrenzten Einflussgebieten des türkischen Kapitals (Nordkurdistan und Nordzypern). Diese Gebiete sind keine wirtschaftlich unterworfenen Halbkolonien einer imperialistischen Macht, sondern eher militärisch besetzte Kolonien einer Regionalmacht. In den letzten Jahren versucht die Türkei eine kapitalistische Ausbeutung dieser beiden Regionen voranzutreiben.

Die verspätete bürgerliche Entwicklung der Türkei und die autoritäre Modernisierung unter dem kemalistischen Bonapartismus führte dazu, dass viele Fragen ungelöst blieben: die nationale Frage innerhalb der Türkei, die Frage der Unabhängigkeit vom Imperialismus, die Frage der Übermacht des Militärapparats und viele demokratische Fragen. RevolutionärInnen müssen ein Programm für diese Fragen aufstellen. Denn die offiziellen Führungen der KurdInnen sind nicht in der Lage, die dringende Frage der nationalen Selbstbestimmung und die materiellen Bedürfnisse der kurdischen Bevölkerung durchzusetzen, weshalb es eine Hauptaufgabe der türkischen und kurdischen ArbeiterInnenbewegung in der Türkei und in Kurdistan ist, sich die Lösung dieser Frage auf die Fahnen zu schreiben – eine Lösung, die betont, dass die nationale Unterdrückung der KurdInnen nur im Kampf gegen die türkische und kurdische Bourgeoisie und als Teil eines Bruchs mit dem Imperialismus beseitigt werden kann.

Die kurdische Bourgeoisie in Südkurdistan (Irak) soll als Geschäftspartner für die türkische Bourgeoisie befestigt werden. Daher gibt es momentan zwischen der kurdischen Bourgeoisie unter der Führung der kleinbürgerlichen PKK und der türkischen Bourgeoisie unter der AKP-Regierung eine Annäherung. Letztere verspricht sich mit dieser Zusammenarbeit reibungslose Geschäfte in kurdischen Gebieten (in der Türkei, im Irak und Syrien), während die PKK kulturelle Forderungen aufstellt, ohne die Machtfrage anzutasten. In Bezug auf den Aufstand im Juni hat sich die ganze verheerende Position der PKK in dieser Frage gezeigt.

Gerade der nationalistische Flügel fürchtete die Schwächung der AKP, die die ganzen Verhandlungen massiv ins Stocken bringen könnte. Allerdings war der linke Flügel des kurdischen Wahlbündnisses (Sebahat Tuncel, Ertugrul Kürkcü, Sirri Sürrerya Önder, Levent Tüzel usw.) gemeinsam mit Abdullah Öcalan für eine Unterstützung des Aufstandes. Doch auch der linke Flügel der PKK setzt auf Verhandlungen mit dem türkischen Staat, die hinter verschlossenen Türen geführt werden. Stattdessen ist eine Perspektive nötig, die die Unvereinbarkeit der Interessen der kurdischen (und türkischen) Massen mit der Bourgeoisie betont und einen Kampf um die Macht führt, der sich auf die Organe der Selbstorganisation der Massen stützt und über die demokratische Frage hinaus die Notwendigkeit der Überwindung der imperialistischen Unterdrückung aufwirft, die unweigerlich zum Bruch mit der Bourgeoisie führen muss.

Die StalinistInnen, die innerhalb der türkischen Linken großen Einfluss haben, nutzen die Definition der Türkei als Halbkolonie, um ihr gesamtes Programm gegen die USA zu richten und damit eine zukünftige Volksfront mit der „fortschrittlichen" Bourgeoisie vorzubereiten. Wir revolutionäre MarxistInnen lehnen diese Perspektive ab: Auch wenn die türkische Bourgeoisie vom US-Imperialismus abhängig ist, hat sie kein materielles Interesse daran, sich unabhängig zu machen, und kann deswegen keine fortschrittliche Rolle spielen. Doch das bedeutet nicht im Umkehrschluss, dass die Türkei deswegen selbst ein imperialistisches Land sein muss – es bedeutet nur, dass die antiimperialistischen und andere demokratische Aufgaben in der Türkei nur durch die proletarische Revolution gelöst werden können.

In diesem Zusammenhang kommt auch die Notwendigkeit einer richtigen Positionierung beim Krieg gegen Syrien ins Spiel, in den sich die Türkei immer stärker als Kriegspartei einzumischen versucht. RevolutionärInnen müssen sich gegen die imperialistische Intervention positionieren und die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und Massen von den bürgerlichen „Rebellen" und dem Assad-Regime fordern.

Revolutionäre Perspektive

Die wirtschaftliche und politische Lage in der Türkei lässt einen heißen Herbst erwarten. Viele Jugendliche waren während des Taksim-Widerstands in den Sommerferien, sodass sie nur individuell an den Kämpfen teilgenommen haben. Die kollekive Organisierung an den Unis ab Beginn des Semester wird den Jugendlichen sicherlich einen neuen Schub geben. Zentral ist jedoch die Befestigung und Ausweitung des Bündnisses mit der ArbeiterInnenklasse. Die massenhafte Repression der vergangenen Monate sorgte unter breiten Teilen der Bevölkerung für viel Sympathie mit der Bewegung. Doch es gelang nicht, die demokratischen Fragen, die sich in diesem Protest ausgedrückt haben, mit den sozialen zu verbinden, für die die ArbeiterInnen in der Türkei immer stärker auf die Straße gehen.

Eine revolutionäre Perspektive für die Bewegung beinhaltet ein Programm, welches die ArbeiterInnenbewegung als Dreh- und Angelpunkt der Bewegung ansieht, und die Notwendigkeit betont, dass die ArbeiterInnenbewegung selbst – auch im Kampf gegen ihre bürokratischen Führungen – die Forderungen der Bewegung als ihre eigenen aufnimmt und mit ihren eigenen Methoden in den Kampf eintritt. Nur durch die Ausweitung des Widerstands auf die Betriebe, Schulen und Universitäten und durch den Ausbau demokratischer Organe der Selbstorganisation kann dieser Kampf gegen das gesamte Regime gerichtet werden. Für eine solche Perspektive ist der Aufbau einer revolutionären Partei in der Türkei und Kurdistan notwendig.

Nein zur imperialistischen

USA, Frankreich und Großbritannien bereiten einen Militärangriff vor

von **Claudia Cinatti** (PTS, Buenos Aires)

Die USA und ihre Verbündeten stehen kurz davor, einen neuen Militärangriff im Nahen Osten zu beginnen. Die Ausrede ist es, das diktatorische syrische Regime von Bashar al-Assad zu „bestrafen". Die Obama-Regierung wirft ihm ohne irgendwelche abschließenden Beweise vor, einen Vorort von Damaskus, der unter der Kontrolle von Teilen der Opposition steht, mit Chemiewaffen bombardiert zu haben, wobei hunderte ZivilistInnen starben. Mit den grausigen Bildern dieses Kriegsverbrechens, über das es viele Spekulationen aber keine Gewissheit gibt, will die USA diese imperialistische Intervention rechtfertigen.

Obama hatte als „rote Linie" für militärische Handlungen in Syrien festgelegt, dass das Regime keine chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung benutzen dürfe. Wenn er die Anschuldigung aufrecht erhält, dass Assad diese „rote Linie" überschritten habe, müsste er intervenieren, um seine Glaubwürdigkeit und Abschreckungsfähigkeit nicht zu verlieren. Vor allem um Nordkorea oder Iran im Zaum zu halten, die eine ausbleibende Antwort als Schwäche interpretieren könnten. Dennoch ist die Situation nicht so einfach. Großbritannien möchte mit einem Angriff warten, bis die UNO ihre Untersuchung in Syrien über die Benutzung chemischer Waffen abgeschlossen hat, um dem Angriff wenigstens einen Anstrich von Legitimität zu verpassen, was die Intervention verzögert.

Die Kriegsmaschinerie ist bereit: Vier mit Raketen bestückte US-amerikanische Kriegsschiffe stehen im Mittelmeer schon bereit und zielen auf syrisches Territorium. Dazu kommen noch französische und britische Schiffe. Die Operation wurde bei einem Treffen in Aman, der jordanischen Hauptstadt, geplant, an dem die Militärchefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands, Kanadas, Saudi-Arabiens, Katars, der Türkei und Jordaniens teilgenommen haben. Diese „Koalition der Willigen" wird ohne den Rückhalt der UNO handeln, da Russland und China sich der Militärintervention entgegenstellen.

Obwohl die Ausmaße der Operation noch nicht definiert wurden, scheint es, als ob es eine „begrenzte Attacke" auf die Militärstrukturen der syrischen Regierung geben wird, mit dem Ziel, das Assad-Regime zu destabilisieren. Dies aber, ohne Assad zu stürzen, wie es Sektoren der „Rebellen" und Saudi-Arabien wollen, als Teil des regionalen Streits mit Iran. Dazu kommt, dass Syrien auf die Unterstützung Russlands zählen kann, das ebenfalls Militärbewegungen in der Zone begonnen hat.

Die „moralische" Rechtfertigung des Imperialismus ist so heuchlerisch, dass es teilweise sogar den kapitalistischen und liberalen Medien selbst unglaublich vorkommt, die klar und deutlich daran erinnern, wie die USA chemische Waffen in Vietnam und im Irak benutzten, oder wie sie Saddam Hussein während des Irak-Iran-Kriegs die Nutzung dieser Art von Waffen erlaubten, als dies für die US-Interessen funktional war. Ganz zu schweigen von der US-Finanzhilfe für die ägyptische Armee, obwohl diese einen Putsch durchführte und an etwa 1.000 SympathisantInnen der Muslimbruderschaft ein Massaker verübte.

Ein komplexes Szenario

Seit dem Ausbruch des BürgerInnenkriegs in Syrien war es die Politik Obamas, mit Hilfe regionaler Kräfte die militärische Unterstützung auf die gemäßigten Flügel der „Rebellen" zu beschränken. Zu diesen regionalen Kräften zählt die türkische Regierung, die einen starken Einfluss auf die Freie Syrische Armee ausübt. Das Ziel war es, dass beide Lager sich erschöpfen, um danach mit der Unterstützung Russlands eine Verhandlungslösung zwischen dem Assad-Regime und der Opposition zu suchen.

Diese Politik war das Resultat einer Kombination verschiedener Faktoren. Auf der innenpolitischen Ebene lehnt die US-amerikanische Bevölkerung nach den verheerenden Kriegen im Irak und in Afghanistan neue Militärabenteuer ab (nach einer Umfrage der Zeitung *Washington Post* würden nur 25% der Bevölkerung den Angriff unterstützen, wenn die Nutzung von Chemiewaffen nachgewiesen werden würde).

Außerdem steht die USA in Syrien vor dem Problem, wie es schon bei der NATO-Intervention in Libyen passierte, dass es keine Verbündeten mit Massengewicht unter den „Rebellen" gibt, denen man vertrauen könnte, sodass ein möglicher Sturz Assads schließlich Sektoren der radikalisierten islamistischen Milizen wie der al-Nusra-Front mit Verbindungen zu al-Quaida stärken könnte – und das direkt an der Grenze zu Israel.

Alles deutet darauf hin, dass die USA eine begrenzte „Straf"-Aktion versuchen wird, um die Kräfteverhältnisse in der Region zu ändern und Russland und Iran zu zwingen, bei der Durchsetzung einer Verhandlungslösung zu kollaborieren. Aber dies erscheint sehr schwierig. Wie verschiedene AnalystInnen betonen, könnte die Situation die USA in einen neuen Regionalkonflikt mit Tausenden von zivilen Opfern hineinziehen, wenn es keine klaren politischen Ziele gibt. In diesem Fall könnten die Verbündeten des Assad-Regimes – hauptsächlich Iran und die Hisbollah – schließlich Vergeltungsmaßnahmen für die Militärangriffe gegen Syrien vornehmen.

Es kann nicht einmal ausgeschlossen werden, dass sich als Resultat der Konfrontation zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Minderheiten – SunnitInnen, SchiitInnen, AlawitInnen, KurdInnen etc. – die Tendenz zur Balkanisierung dieser Staaten verschärft, deren Grenzen zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg willkürlich von den imperialistischen Mächten gezogen wurden, wie es jetzt schon im Irak und in Libyen sichtbar ist.

Raus mit dem Imperialismus! Nur die ArbeiterInnen und die armen Massen haben das Recht, die Assad-Diktatur zu stürzen!

Der Kampf gegen das diktatorische Regime Assads begann als legitimer Massenaufstand mit ähnlichem Antrieb wie bei den restlichen Prozessen des „arabischen Frühlings". Im Gegensatz zu dem, was Sektoren der populistischen Linken wie der Chavismus in Lateinamerika sagen, ist das Assad-Regime weder progressiv noch antiimperialistisch: Es ist eine despotische Diktatur, die seit Jahrzehnten neoliberale Politiken durchsetzt, von denen die alawitische Minderheit, zu der die Assad-Familie und ihr engster Kreis gehören, profitieren. Vor dem Aufstand von 2011 übertraf die Arbeitslosigkeitsrate 20% (55% unter Jugendlichen) und die Armut erreichte 33%. Gegen diese Zustände erhoben sich die syrischen Massen.

Dennoch erstickte die Militarisierung den Massenaufstand und dieser mündete in einen BürgerInnenkrieg, in den impe-



Intervention in Syrien!

rialistische Länder und Regionalmächte wie die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und die Golfstaaten (die die sunnitischen Milizen unterstützen) vermittelt durch die verschiedenen Fraktionen intervenieren, um ihre reaktionären Interessen voranzutreiben.

Die direkte imperialistische Intervention ist ein qualitativer Sprung. Einige Strömungen, die sich für links halten, wie die LIT-CI (deren wichtigste Partei die PSTU in Brasilien ist), unterstützen schließlich im Namen des Kampfes gegen die Diktatur unkritisch das „Rebellen"-Lager, unter denen es nicht nur reaktionäre islamistische Führungen gibt, sondern auch Führungen, die nach der militärischen Intervention des Imperialismus rufen, um bei einem „Regimewechsel" als ihre AgentInnen fungieren zu können. Dieselbe Politik führte die LIT schon dazu, vor der Intervention der NATO in Libyen zu kapitulieren.

In ihren Stellungnahmen über Syrien benennt die LIT nicht einmal die Gefahren einer imperialistischen Militärintervention. In einem Artikel vom 25. August, als die Militäroperation der USA schon in Vorbereitung war, beschränkte sich die PSTU darauf, zu denunzieren, dass die UNO das Blutbad von Assad überdecken würde. Der Gipfel dieser Politik der „demokratischen Revolution" ist die beschämende Position dieser Strömung in Ägypten, wo sie, im Gefolge der liberalen oder laizistischen bürgerlichen Opposition, die putschistischen Militärs dazu aufruft, die Muslimbruderschaft zu verbieten.

Gegen diese Kapitulationen ist es die Aufgabe marxistischer RevolutionärInnen, vor den Massen den konterrevolutionären Charakter des Imperialismus zu entlarven, insbesondere wenn er sich unter einer „demokratischen" oder humanitären Hülle versteckt. Aus diesem Grund sind wir gegen den Imperialismus und seine internen AgentInnen für den revolutionären Sturz des Assad-Regimes als Teil des Kampfes für eine Regierung der ArbeiterInnen und der Massen.

29. August 2013

Ein Kämpfer der Freien Syrischen Armee, die sich dem Imperialismus untergeordnet hat.

KLASSE GEGEN KLASSE

Ägypten: Stoppt das Massaker!

Nieder mit dem Putsch! Für die unabhängige Mobilisierung der ArbeiterInnen!

von **Eduardo Molina** (PTS, Buenos Aires)

Die bestialischen Massaker mit circa 1.000 Toten bei der Räumung der Zeltstädte der Muslimbruderschaft, die massenhafte Verhaftung von Führungspersonen und Mitgliedern dieser Organisation, die Repression gegen die Streiks wie bei Suez Steel und die Ausrufung des „Ausnahmezustands" zeigen klar und deutlich den tiefgründig reaktionären Charakter der zivil-militärischen Regierung, die aus dem Putsch vom 3. Juli hervorgegangen ist. Als hätte noch ein Beweis gefehlt, ließ die ägyptische Justiz auch den Ex-Diktatur Mubarak frei. Zwar übernahm die Regierung die Macht mit dem Versprechen von Wahlen innerhalb der nächsten sechs Monate. Doch sie greift auf konterrevolutionäre Methoden zurück, um die militärische Kontrolle über die Situation zurückzuerlangen.

Auch wenn sie vom Präsidenten des Verfassungsgerichts Adi Mansur angeführt wird und zivile Figuren beinhaltet, ist ihr „starker Mann" der General al-Sisi. Er ist der Chef der Armee und Verteidigungsminister. Es ist im Grunde genommen eine „Marionettenregieurng" der Militärs, die mit der Zusammenarbeit von bürgerlich-liberalen und reformistischen Sektoren eingesetzt wurde. Sie stützt sich auf die breite Ablehnung der Massen gegenüber dem abgesetzten Präsidenten Mursi. Die Mursi-Regierung war eine „Ablenkungsregierung", die aus Wahlen hervorging und von Abkommen zwischen der Muslimbruderschaft und der Armee aufrechterhalten wurde. Das ganze lief unter der Zustimmung des Imperialismus. Die Mursi-Regierung hat den Repressionsapparat aufrechterhalten und versucht, einen neoliberalen und proimperialistischen Kurs durchzusetzen. Sie arbeitete mit einer islamisierenden Verfassung, die die demokratischen Freiheiten angriff, die beim Sturz der Mubarak-Diktatur errungen wurden. Des Weiteren versuchte sie, sich uneingeschränkte Macht zu sichern. Dies stieß einen sehr breiten Prozess von Massenmobilisierungen an, der drohte, die Mursi-Regierung auf revolutionärem Wege zu stürzen.

Der Putsch des 3. Juli versuchte, diese Massenmobilisierung politisch zu enteignen und einen reaktionären Ausweg aus der zugespitzten politischen Krise durchzusetzen. Der Versuch, die Muslimbruderschaft in diesen Plan zu integrieren, scheiterte an ihrer Forderung der Wiedereinsetzung von Mursi. In der Folge begann die neue Regierung eine grausame Eskalation der Repression, wodurch ihre bonapartistischen Züge klar erkenntlich wurden.

Zwar gibt es bei wichtigen Sektoren der Bevölkerung einen gewissen Glauben in die Armee und ihre Versprechen. Jedoch fordern ihre brutalen Repressionsmethoden einen hohen politischen Preis, schwächen die Legitimität der neuen Regierung und entblößen die Widersprüche und Grenzen, vor denen sie steht. Es wird sich noch zeigen, ob sich ein „Fahrplan" hin zu beschränkten Neuwahlen und einer „retuschierten" reaktionären Verfassung durchsetzt, die den islamistischen Einfluss begrenzen und die fundamentalen Positionen der ägyptischen Großbourgeoisie, des Militärs und des Imperialismus sichern würde. Oder ob die Situation offenere diktatorische Züge annimmt.

Der Imperialismus ließ den Putsch geschehen und weigert sich, ihn als solchen zu definieren. Stattdessen unterstützt er die Militärs, ihre Verbündeten und wichtigsten AgentInnen in Ägypten. Dennoch beginnt er, einige lauwarme Gesten des Drucks auszutesten. So die Aussetzung der Waffenverkäufe durch die EU oder die Verzögerung in der Auszahlung der Militärhilfen durch die USA. Damit soll der Kurs beeinflusst werden, den die Regierung in Kairo in einer verschärften Situation einnehmen muss. Denn wenn sie über die Kräfteverhältnisse hinausschießt, könnte dies zu neuen Massenaufständen führen. Auf einer regionalen Ebene kann die Militärregierung auf die Unterstützung der reaktionären Monarchie Saudi-Arabien und auf Isreal zählen. Erstere zermalmte mit ihren Panzern die Aufstände in Bahrain und zielt darauf, den Prozess des „arabischen Frühlings" zu liquidieren. Israel wiederum sieht im Sturz der Muslimbruderschaft eine Möglichkeit zur Schwächung der Hamas.

Die Liberalen und NationalistInnen reihten sich in den Putsch ein und gaben den Militärs und ihrem Plan Rückendeckung. Einige haben sich distanziert, um sich als mögliche politische Alternative für die Zukunft zu erhalten. So zum Beispiel el-Baradei, der als Vizepräsident zurücktrat und ins Exil in die Schweiz ging. Doch das ändert nichts an ihrer unheilvollen Rolle in der Zusammenarbeit mit den Militärs und dem Imperialismus.

Leider unterstützte auch ein Großteil der Führungen mit Einfluss bei Sektoren der Jugendavantgarde den Putsch. Dies geschah unter der falschen Sichtweise, dass es, weil die IslamistInnen reaktionär sind, keinen anderen Ausweg als die Unterstützung der „laizistischen" Variante des Übergangs gäbe. Und diese würde heute von Mansur und al-Sisi repräsentiert. So unterstützt die Bewegung *Tamarod* (Rebellion), die die Kampagne gegen Mursi anführte, die Militärs. Sie rechtfertigt die Repression gegen die Islamistinnen, weil sie „TerorristInnen" seien . Und der Ex-Präsident der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften, Abu Aita, nahm den Posten als Arbeitsminister an und ruft dazu auf, die Streiks zu beenden.

Trotz der reaktionären Maßnahmen der Regierung ist der revolutionäre Prozess noch nicht niedergeschlagen worden. Er bleibt offen, wobei er durch die Wirtschaftskrise und die tiefgründigen Erwartungen der Massen, die große politische Erfahrungen machen, neues Feuer bekommt. Die Interessen der ArbeiterInnenklasse und der armen Massen stoßen auf diejenigen der Militärkräfte. Letztere haben die Rolle des nationalen Schlichters an sich gerissen, kontrollieren ein Drittel der Wirtschaft und sind eng mit dem aktuellen „Modell" der Ausbeutung und mit den Vereinbarungen mit dem Imperialismus verbunden. Dies wirft ein Szenario der Konfrontation zwischen den ArbeiterInnen und der „zivil-militärischen" Regierung auf.

Ausgehend von der Denunzierung der Massaker und der Repression durch die Armee und ihre zivilen Komplizen, aber ohne irgendein Vertrauen in die Muslimbruderschaft zu setzen, die schon ihren reaktionären Charakter gezeigt hat, als sie an der Macht war, ist es notwendig, die unabhängige Mobilisierung der ArbeiterInnen, der Jugend und der Massen zu entwickeln, um die Putschregierung zu stürzen und eine revolutionäre verfassungsgebende Versammlung durchzusetzen. Diese muss wirklich frei und souverän sein. Sie muss auf den Ruinen des Regimes aufbauen und von einer provisorischen Regierung der Organisationen der ArbeiterInnen und der Massen, die den Kampf anführen, garantiert werden.

22. August 2013



Ein Riese erwacht

Brasilien nach den Ereignissen im Juni und dem Tag der Mobilisierungen am 11. Juli

Jugendliche trotzen der Staatsmacht

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Die massenhaften Proteste mit der Jugend in den vordersten Reihen im Juni und die landesweiten Streiks und Mobilisierungen am 11. Juli haben eine neue politische Konjunktur im größten Land Lateinamerikas geschaffen. Diese Entwicklung ist Teil eines Prozesses im ganzen Kontinent, der vom Wiederauferstehen der ArbeiterInnenklasse gekennzeichnet ist.

Vom Kampf gegen eine Ticketpreiserhöhung zur Massenbewegung

Der Protest, der so schnell zu einem Massenphänomen wurde und große Teile der Jugend, der armen Massen und der ArbeiterInnenklasse politisierte und auf die Straße brachte, begann als ein defensiver Kampf gegen die Erhöhung der Ticketpreise des öffentlichen Nahverkehrs. Diese sollten sich von 3 Reales auf 3,20 verteuern. Auch wenn diese Erhöhung von umgerechnet 7 Cent sehr niedrig wirkt, bedeutete sie durchaus einen harten Schlag für viele Jugendliche und ArbeiterInnen, da das Transportwesen in Brasilien im Verhältnis zum Durchschnittsgehalt zu einem der teuersten weltweit gehört. Zudem ist es enorm schlecht organisiert, sehr ineffizient und anfällig. Dies trifft vor allem auf den Nahverkehr in der größten Stadt Brasiliens, São Paulo, zu. Dort versammelten sich am 6. Juni Tausende, vor allem Jugendliche. Auch in den vorherigen Jahren hatte es immer wieder Demonstrationen gegen das schlechte und teure Nahverkehrswesen gegeben.

Doch sprengte schon die Demonstration am 6. Juni weit den Rahmen der üblichen Proteste. Denn zu der angekündigten Erhöhung kamen auch noch weitere Themen, die die DemonstrantInnen auf die Straße brachten und die Bewegung schnell ausdehnten. Der zu diesem Zeitpunkt begonnene *Confederations Cup* ist nur eines von mehreren sportlichen Großereignissen in den kommenden Jahren (Fußball-Weltmeisterschaft 2014, Olympische Spiele 2016), für die die Regierung der „Arbeiterpartei“ (PT) unter Präsidentin Dilma Rousseff Milliarden in Bauprojekte gesteckt hat, während es gleichzeitig an Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen mangelt.

Die Bewegung weitete sich aus, bis es zwei Wochen darauf, am 17. Juni, zu den größten Demonstrationen seit der Bewegung gegen den korrupten Präsidenten Collor im Jahr 1992 kam. In São Paulo gingen annähernd 100.000 Menschen auf die Straße, in Rio de Janeiro 120.000 und landesweit demonstrierten in mehr als 14 Regionen circa 500.000 Leute, wobei die Schätzungen stark auseinander gehen.

Von Beginn an wurde von den verschiedenen Provinzregierungen und der landesweiten PT-Regierung versucht, die Bewegung mit harter Repression niederzuschlagen. Es wurden Helikopter und Drohnen des Militärs benutzt, um die DemonstrantInnen auszuspähen und zu überwachen. Mit Gummigeschossen, Wasserwerfern und Tränengas wurden sie angegriffen. Es gab hunderte Festnahmen. Von der bürgerlichen Presse und der rechten Opposition wurden die DemonstrantInnen als „Vandalen“ bezeichnet. Die PT um Dilma und Ex-Präsident Lula versuchte, einen Diskurs zu fahren, der die Protestierenden in „Friedliche“ und „Gewalttätige“ spaltet und dabei den friedlichen Protest legitimiert. Dabei wurde es immer offensichtlicher, dass die Gewalt von Seiten der Polizei ausging, welche sich wieder mal als reaktionäre Beschützerin der kapitalistischen Ordnung zeigte. Die Demonstrierenden fielen daher auch nicht auf diese Worthülsen rein und so wurde beispielsweise ein Politiker von der PT daran gehindert, auf einer Kundgebung eine Rede zu halten.

Nach diesen riesigen Protesten sahen sich die meisten Provinzregierungen gezwungen, zurückzuweichen. In 12 Provinzen und in São Paulo und Rio de Janeiro wurden die Erhöhungen zurückgenommen. Ein riesiger Erfolg für die Bewegung!

Doch sie hörte nicht auf: Am Donnerstag, den 20. Juni, kam es zu den größten Demonstrationen seit Beginn der Proteste. Allein in Rio de Janeiro gingen 300.000 Leute auf die Straße. Das macht deutlich, dass die Proteste, auch wenn ihr Anlass die Ticketpreiserhöhung war, ein weit größeres Pulverfass entzündet hatten.

Eine heterogene Bewegung und ihre „Führung“

Die große Rolle dieser Bewegung auf landesweiter Ebene ergibt sich nicht allein aus ihrer Größe, sondern aus dem politischen Charakter, den sie erlangte, auch wenn er gleichzeitig diffus



blieb. Dieses diffuse Element wurzelt in der sozialen Zusammensetzung, die sehr heterogen ist und eine große Präsenz der kleinbürgerlichen Mittelschichten aufweist. Dies änderte sich jedoch im Laufe der Bewegung in dem Maße, wo soziale Forderungen nach Bildung und Gesundheit aufkamen und somit

Wir müssen für die Verstaatlichung des Transportwesens unter Kontrolle der ArbeiterInnen und NutzerInnen kämpfen.

auch Teile der ArbeiterInnenklasse und der armen Massen mobilisieren konnten. Der Hauptakteur war die Jugend, dabei vor allem Studierende und SchülerInnen aus Oberschulen. Die Gewerkschaftsbürokratie verhinderte jedoch zu jedem Zeitpunkt – trotz großer Kampfbereitschaft, die sich auch in der riesigen Solidarität und Unterstützung ausdrückte, die jede Demonstration auch von Nicht-Demonstrierenden bekam – den organisierten Eintritt der ArbeiterInnenklasse in diesen Protest und die Fusion mit der Jugend.

Diese breite Sympathie mit den kämpferischen Jugendlichen ist ein Ausdruck einer immer größer werdenden Ablehnung der politischen Kaste, welche auch unter der von allem Seiten als „progressiv" bezeichneten PT die Korruptionsskandale nicht verhindern konnte. Dabei ist diese Ablehnung der Parteien der herrschenden Klasse mit einer allgemeinen Ablehnung von Parteien an sich verbunden, was sich auch auf den Demonstrationen bemerkbar machte, wo Fahnen von linken Organisationen immer weniger wurden und diese zum Teil sogar angegriffen wurden.

Dieses Konzept vertritt auch die „Bewegung für einen freien Fahrschein" (MPL), die sich aus Dutzenden Studierendenorganisationen zusammensetzt und zu allen Demonstrationen aufgerufen hat. Schon in den vorherigen Jahren hat sie immer wieder zu Demonstrationen aufgerufen, jedoch waren diese meist nur sehr klein. Das zeigt, dass die Bewegung weit über sie hinaus gewachsen ist. Es gab nie eine gewählte Führung, die die Koordinierung übernehmen konnte, wodurch die MPL schnell von der Regierung als eine dialogfähige Führung instrumentalisiert wurde, was von den bürokratischen Strukturen der MPL noch vereinfacht wurde. Obwohl sie sich den Kampf für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr auf die Fahne schrieb, zielte ihre Politik nur auf die der Rücknahme der Erhöhungen. Ihr Konzept des kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs basiert zudem auf einem Vorschlag der PT, bei dem der Staat die privaten Unternehmen subventioniert, die weiter ihre Millionenprofite machen können.

Stattdessen müssen wir für ein Gratisticket für Jugendliche, RentnerInnen und Arbeitslose und die Verstaatlichung des Transportwesens unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen und NutzerInnen kämpfen. Dieser Kampf muss demokratisch organisiert werden. Alle Schritte der Bewegung und die Sicherheit auf den Demonstrationen müssen in Versammlungen an Universitäten, Schulen, Arbeitsplätzen und in den Nachbarschaften diskutiert und organisiert werden. Diese Versammlungen müssen Delegierte wählen, die jederzeit abwählbar sind, um eine landesweite Koordinierung hinzubekommen. Nur so kann man eine echte Führung aufbauen.

Gleichzeitig hätten die linken Gewerkschaften wie *Conlutas* und die *Intersindicales* zu demokratischen Foren aufrufen müssen, wo ein Kampfplan der ArbeiterInnen mit Streiks um ihre Forderungen herum hätte beschlossen werden können. Das hätte auch die Gewerkschaftsbürokratie des Dachverbandes CUT, die mit der PT verbunden ist, stärker unter Druck gesetzt und so einen organisierten Eintritt der ArbeiterInnenklasse in die Bewegung ermöglicht.

Der Plebiszit-Vorschlag von Dilma

Am 24. Juli schlug Dilma Rouseff eine Volksabstimmung zu einer Verfassungsänderung vor, die kleine demokratische Zugeständnisse an die Protestbewegung machen sollte. Das zeigt, welche Kraft die Bewegung hat und welchen Druck sie auf die PT-Regierung und alle Parteien des Regimes ausübt.

Es wurden einige kleine Verbesserungen für die Bildung und die Gesundheit im Kongress durchgesetzt und mit der Inhaftierung des PMDB-Politikers Natan Donadon ein Scheinprozess gegen die Korruption begonnen. Die PolitikerInnen versuchen, so zu tun, als würden sie den „Stimmen der Straße zuhören". In der Realität versuchen sie jedoch mit all diesen Reformversuchen, die Bewegung von der Straße zu holen und die Initiative wieder zu gewinnen, um eine weitergehende Infragestellung ihrer riesigen Privilegien im Vergleich zu der sich weiter verschlechternden Lebenssituation der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern.

Man kann sich von den bürgerlichen und korrupten PolitikerInnen nicht erhoffen, dass sie die Veränderungen herbeiführen, die die ArbeiterInnen, die Jugend und die armen Massen benötigen. Alles, was sie wollen, sind kleine kosmetische Eingriffe, damit sich nichts Grundlegendes ändert. Die in dem Plebiszit enthaltenen Reformen wären von der selben politischen Kaste gekommen, die sich ständig auf Grundlage der Mehrheit der Bevölkerung bereichert und diese in Armutssiedlungen leben lässt.

Wir müssen dagegen eine Perspektive der Mobilisierung der Jugend, der ArbeiterInnen und der armen Massen aufstellen, die von der radikalen Linken sowie gewerkschaftlichen und studentischen Organisationen mit der kompletten Unabhängigkeit von den Parteien der Bosse und des Regimes organisiert wird, welche nicht nur politische, sondern auch soziale Veränderungen herbeiführen kann.

Der 11. Juli – die ArbeiterInnen betreten die politische Bühne

Der von den Gewerkschaften einberufene „Nationale Tag der Paralysierungen und Mobilisierungen" am 11. Juli stellte ein wichtiges Moment für die brasilianische ArbeiterInnenklasse, die kämpfende Jugend und die armen Massen dar. Vom Norden bis zum Süden gab es Streikposten, Straßenblockaden und riesige Demonstrationen. Die Gewerkschaftsbürokratie sah sich dazu gezwungen, die erste landesweite Aktion seit mehr als 20 Jahren auszurufen, da die Massenmobilisierungen die ArbeiterInnen politisiert und an allen Arbeitsplätzen zu Diskussionen über die Fragen des Nahverkehrs, der öffentlichen Bildung und der Korruption geführt haben. Gleichzeitig hat diese Bewegung gezeigt, dass es möglich ist, Errungenschaften zu erkämpfen.

Die Gewerkschaftsführungen versuchten alles, um die Mobilisierungen und Streiks zu punktuellen, kontrollierten Aktionen verkommen zu lassen, genauso wie sie im gesamten Juni den Zusammenfluss des Jugendprotestes mit den ArbeiterInnen verhindert hatten. Somit verhinderten die BürokratInnen eine wirkliche Machtdemonstration des größten Proletariats der südlichen Hemisphäre. Unsere GenossInnen von der *Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional* (LER-QI) und von der Gruppierung *Juventude às Ruas* haben mit all ihrer Kraft die Mobilisierungen für die legitimen Rechte von Millionen von ArbeiterInnen, für mehr Investitionen in Gesundheit, Bildung und den Nahverkehr, für die Reduzierung des Arbeitstages und die Erhöhung der Gehälter unterstützt.

Der Eintritt der ArbeiterInnenklasse, trotz aller Beschränkungen und der bürokratischen Kontrolle, fügt einen weiteren Faktor zu der Destabilisierung des Zyklus der sozialen Ruhe unter Lula hinzu und setzt dem „sozialen Frieden" ein Ende, der die





Die Jugendorganisation Juventude às Ruas *in São Paulo*

kapitalistische Ausbeutung der natürlichen Reichtümer und der ArbeiterInnen begleitete.

Die ArbeiterInnenklasse zeigte sich als ein Faktor in der neuen politischen Etappe des Landes. Die Gewerkschaftsbürokratie behält trotz ihrer Diskurse ihre reaktionäre Rolle, die neoliberale Ordnung aufrechtzuerhalten. Das wird sie tun, indem sie die Kraft der ArbeiterInnen weiterhin kontrolliert und dazu den Druck aus der Basis mit einzelnen Mobilisierungen verringert, um eine Radikalisierung zu verhindern. Wir RevolutionärInnen müssen die reaktionäre Rolle der Bürokratie in allen Fabriken und Unternehmen denunzieren und fordern, dass sie zu Mobilisierungen aufrufen und Maßnahmen der demokratischen Kontrolle von der Basis einführen (souveräne Versammlungen, Fabrikkomitees, Koordinierungen usw.). Dies sind alles nötige Aufgaben, damit die ArbeiterInnen die Gewerkschaften für sich und ihre Kämpfe zurückgewinnen, gegen die Privilegien der Gewerkschaftsbürokratie, die Regierung und die Bosse, zur Verteidigung der Forderungen der ArbeiterInnen, der Jugend und der armen Massen. Die ArbeiterInnen müssen, jetzt noch nötiger, eine neue demokratische und klassenkämpferische Führung aufbauen.

Für die radikale Linke ist es fundamental, für ein landesweites Treffen der Basisdelegierten zu kämpfen, auf dem sich die Politisierung der ArbeiterInnen in eine bewusste Organisierung entwickelt. Dafür müssen besonders die linken Gewerkschaften *CSP-Conlutas*, die *Intersindicales* und *Unidos* (Gewerkschaftszentralen, die vor allem von der PTSU und der PSOL geführt werden) die Vorbereitung dieses demokratischen Treffens in ihre Hände nehmen und es ermöglichen, dass die ArbeiterInnen Basisdelegierte wählen, die einen Kampfplan diskutieren und ein Programm der ArbeiterInnen und Massen wählen, das die massive Beteiligung eines antibürokratischen und klassenkämpferischen Pols in den kommenden Mobilisierungen vorbereitet.

Vom Ende des Zyklus und den sozialen Ursachen der Bewegung

Von Beginn an fand auf den Demonstrationen in Brasilien eine starke Bezugnahme zu den Protesten in der Türkei statt, welche wenige Wochen vorher mit der Besetzung des Gezi-Parks ihren Anfang nahmen. Neben diesen Solidaritätsbekundungen haben beide Bewegungen einige, wenn auch beschränkte Ähnlichkeiten: ein Land, welches einen Zyklus des ökonomischen Wachstums erlebte und sich nun am Ende dieses befindet; ein Protest, der von der Jugend und kleinbürgerlichen Sektoren getragen wird. Viele bürgerliche AnalystInnen nahmen diese Parallelen auf und erklärten das Auferstehen einer „neuen Mittelklasse".

Hierbei ist jedoch ein eingehender Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Zyklus von dem Machtantritt von Lula 2004 bis 2011 zu legen.

Brasilien hatte in dieser Periode ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,65 Prozent, was weder im historischen Vergleich zu der Zeit des brasilianischen „Wirtschaftswunders" Ende der 60er Jahre noch im Vergleich mit anderen sogenannten „Schwellenländern" und den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) eine besonders hohe Quote ist. Dabei wurde dieses Wachstum von einer relativen Deindustrialisierung und einer Verschiebung in den primären Sektor begleitet. Die historisch geringe Arbeitslosigkeit, welche bis heute sehr niedrig ist, konnte durch die massive Zunahme prekärer Beschäftigung und Arbeitsplätze mit niedriger Qualifizierung gewährleistet werden.

Dies erklärt die strukturellen Mängel, die das Modell der PT ausmachen. Auch wenn auf Grundlage hoher staatlicher Einnahmen und eines wirtschaftlichen Wachstums eine Umverteilung in Form von Sozialprogrammen möglich war, konnten diese jedoch nie die untersten Teile der Gesellschaft erreichen, den Lebensstandard und Fragen wie Bildung und das Gesundheit grundlegend verändern. Daher kann es sich nicht um den Aufstieg einer „neuen Mittelklasse" handeln, sondern vor allem um Teile des Proletariats, welche von dem Wachstum profitieren konnten und die die soziale Basis der PT darstellen.

Entgegen der allgemeinen Vorstellung und der Ideologie der PT, dass die Lula-Regierung einen großen sozialen Fortschritt erreicht habe, zeigt sich, dass die sozialen Ausgaben im Ganzen (Ausgaben für Arbeitssicherheit, Gesundheit, usw.) von 40% im Jahr 2003 auf 35% im Jahr 2009 sanken. Das erklärt sich daraus, dass die bekannten Sozialprogramme der PT zugunsten von Einsparungen bei weniger medial ausschöpfbaren Ausgaben getätigt wurden.

Auf dieser Grundlage lässt sich kein längerfristiges Wachstum und keine stabile Mittelklasse etablieren, zumal sich in dieser Zeit auch der Druck des imperialistischen Finanzkapitals durch gestiegene Auslandsschulden immer weiter erhöht hat. Die Bewegung ist aus dem großen Widerspruch entstanden, dass ein Teil der Gesellschaft im Wachstum bzw. am Ende des Zyklus einen größeren Teil des erwirtschafteten Reichtums abbekommen möchte, die strukturelle Lage jedoch zu schwach ist, als dass die herrschende Klasse ihnen diesen zugestehen könnte.

Eine neue politische Konjunktur

Diese Elemente, verbunden mit einer Krise der Repräsentativität des Regimes, Angriffen auf demokratische Rechte durch die evangelische Kirche – wie das Recht auf Abtreibung – und der Legitimierung der direkten Aktion, was durch die Massenbewegung erreicht wurde, schaffen eine vollkommen neue politische Etappe mit einem Niveau der politischen und ökonomischen Krise und des Klassenkampfes, wie es Brasilien seit Ende der 70er Jahre nicht mehr kannte.

Auch wenn die Bewegung für den Moment ihre massenhafte Dynamik verloren haben mag, kann jeder kleinere Anlass schnell dazu führen, dass die Massen wieder auf die Straßen gehen. Die Popularität von Dilma Rouseff ist stark gesunken und das gesamte Modell der PT gerät an sein Ende mit der internationalen Krise, die sich in einem langsam abklingenden Wachstum bemerkbar macht. Die Ereignisse in Brasilien stellen ein Teil eines Prozesses des Wiederauferstehens der ArbeiterInnenklasse als kämpferisches Subjekt auf dem lateinamerikanischen Kontinent dar.

ZUM WEITERLESEN

Website der LER-QI (auf Portugiesisch)
➞ **www.ler-qi.org**

São Paulo, İstanbul, Berlin: Hoch die internationale Solidarität! (dreisprachiger Flyer aus Berlin)
➞ **www.klassegegenklasse.org/sao-paulo-istanbul-berlin**

Wladek Flakin: Generalstreiks in vier Ländern
➞ **www.klassegegenklasse.org/generalstreiks-in-vier**



Für eine linke Regierung?

Der SYRIZA-Kongress und die radikale Linke: Wiederholung reformistischer Fehler

von **Victor Jalava** (RIO, Berlin)

Das griechische „Bündnis der radikalen Linken" (SYRIZA) ist nun eine richtige Partei geworden. Vom 10.-14. Juli 2013 fand in Athen der große Gründungsparteitag statt, der von allen KommentatorInnen einhellig als Erfolg der Mehrheit um Gallionsfigur Alexis Tsipras gewertet wird.

Es wurde entschieden, dass sich die Einzelorganisationen des Bündnisses in den kommenden Monaten auflösen. Und der inhaltliche Kurs wurde etwas angepasst: Statt Schuldenstreichung soll es beispielsweise eine „Neuverhandlung" geben. Diese inhaltlichen Angriffe, wie auch die Attacken auf die interne Demokratie, sind natürlich ein herber Schlag gegen die linkeren Teile von SYRIZA. Die antidemokratischen Maßnahmen, im demokratischen Gewand präsentiert, stärken die rechte Führung, die den Apparat in Händen hält und stellen so die bisherige parlamentaristische Ausrichtung (die schon in der Herkunft als Wahlbündnis angelegt war) definitiv sicher. Der erste Parteitag von SYRIZA bedeutet eine klare Absage an die Illusionen von manchen radikaleren Gründungsorganisationen und neuen revolutionären AnhängerInnen, die seit dem Wahlerfolg 2012 zu SYRIZA strömten wie Motten zum Licht.

SYRIZA war von 4,6% bei den Wahlen 2009 auf erst 16,8 und dann 26,9% bei den beiden Wahlen im Jahr 2012 emporgeschnellt. Bei der zweiten Wahl wäre SYRIZA beinahe die stärkste Fraktion im Parlament geworden. Das beflügelte die Träume so mancher Teile der radikalen Linken: Eine objektive Entwicklung, die zur Machtfrage führe. *„Alle zu SYRIZA, dort sind die Massen!"* Seit den Wahlen gab es eine Verdopplung der Mitgliederzahl, 500 neue Ortsgruppen sollen sich inzwischen gegründet haben – die linke Partei, die kurz vor der Regierungsübernahme steht, wirkt anziehend. Das Problem ist nur, dass das Mitgliederwachstum zum allergrößten Teil auf dem Wahlphänomen beruht, während sich die Präsenz von SYRIZA auf der Straße allen Berichten nach kaum erhöht hat.

Nun der Parteitag mit dreieinhalbtausend Delegierten. Während die Regierungskoalition aus konservativer ND, sozialdemokratischer PASOK und linker DIMAR kriselt (DIMAR trat im Juni aus der Koalition aus), macht sich SYRIZA – die juristisch jederzeit Neuwahlen erzwingen könnte – bereit für die Regierungsübernahme. Der Durchmarsch der reformistischen Tsipras-Führung beim Parteitag war ein Signal an die Bourgeoisie, keine Alpträume zu bekommen. Trotz allem konnte die „Linke Plattform" mit etwa 30% mehr Sitze im Zentralkomitee erringen als zuvor. Doch selbst die revolutionären Linken skandalisieren nicht die Ausrichtung auf den bürgerlichen Staat.

Diese Linke Plattform von SYRIZA ist der neue rote Stern am zentristischen Horizont der radikalen Linken. Sie ist eine Zusammenarbeit aus dem „R-Project" von der aus der Tradition Tony Cliffs stammenden trotzkistischen Gruppen DEA, Kokkino und APO, und der viel größeren linksreformistischen „linken Strömung", die ursprünglich aus dem Lager von Tsipras kommt. In den Änderungsanträgen zum Grundlagenpapier stellte die Linke Plattform die Notwendigkeit der Schuldenstreichung heraus, forderte Verstaatlichung von Banken und wichtigen Unternehmen, stellte das mögliche Ausscheiden aus dem Euro in Aussicht und wollte festlegen, dass eine Regierung nicht mit Parteien des Establishments gebildet werden sollte.

Die Gruppe *Xekinima*, die wie die SAV in Deutschland zum CWI gehört, *„unterstützt aktiv den linken Flügel von SYRIZA"*[1] und ruft andere Linke außerhalb von SYRIZA dazu auf, es ihr gleichzutun. Abseits des Aufrufs an die *„radikale und einheitsorientierte Linke"* besteht der programmatische Beitrag zur Debatte aus den Forderungen der Verweigerung der Schuldenzahlung, der Kontrolle von Kapitalverkehr und Außenhandel und der *„Verstaatlichung der Banken und der strategischen Sektoren der Wirtschaft, der Etablierung von gesellschaftlicher und Arbeiterkontrolle und -verwaltung."*

Getreu dem Aufruf von *Xekinima* unterstützen auch viele andere internationale revolutionäre Organisationen (wie z.B. die „Vierte Internationale" der deutschen Gruppen RSB und isl) den linksreformistischen Flügel von SYRIZA, indem sie nach Positionen für die regierende SYRIZA suchen, mit denen sich eine *„Dynamik der Radikalisierung und Politisierung entwickeln könnte."*[2] Auch der Artikel der GAM diagnostiziert *„die Notwendigkeit der politischen Arbeit in SYRIZA"*, sieht beim „R-Projekt" die *„Schlüsselrolle"* und eine der *„zwei Klassenlinien"* in der Partei, deren Kampf sich *„unvermeidlich […] verschärfen und letztlich den Rahmen von SYRIZA sprengen wird."*[3]

Die radikale Linke in und um SYRIZA führt die Diskussion auf der Ebene, was SYRIZA nach der Regierungsübernahme zu tun hätte, um wirklich sozialistisch zu sein. Zweifellos wichtige Fragen und Positionen, wie die Schuldenfrage, die Verstaatlichung oder die Mobilisierung der Massensektoren werden verschiedenst gegen den Angriff von Tsipras' und Co. verteidigt.

Scharf wird dabei interessanterweise die Frage diskutiert, mit wem die „Links-", „Anti-Kürzungs-" oder „ArbeiterInnenregierung" machbar wäre. Jedoch stellt niemand in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, dass mittels des bürgerlichen Staatsapparats niemals eine revolutionäre Bewegung geführt werden kann! Die radikale Linke in und um SYRIZA diskutiert darüber, wie sich SYRIZA an der Spitze des kapitalistischen Staates verhalten sollte. Man meint, der chilenische Präsident Salvador Allende, dessen Sturz 1973 sich gerade zum 40. Mal jährt, könne glatt mitdiskutieren. Nur die GAM gibt, als sie die Schwächen der Linken in SYRIZA (von „a" bis „e") aufzählt, unter Punkt „d" bekannt, dass die *„Frage der Linksregierung […] v.a. von der Führung als rein parlamentarisches Unterfangen diskutiert"* würde, und *„Kampforgane der Klasse"* notwendige Stützen einer *„Linksregierung"* wären.[4]

Dies ist jedoch nicht eine Frage unter vielen, sondern die zentrale Frage: die Klassenlinie, die Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse vom politischen Rahmen der Bourgeoisie. Es kann keine ArbeiterInnenregierung geben, wenn die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, nämlich Organe der Selbstorganisation der Klasse, der Selbstverwaltung und auch -verteidigung jenseits des bürgerlichen Staates dieser nicht vorangehen. Wenn die revolutionäre Linke dies nicht begreift, wird sie sich nicht als revolutionär erweisen können.

ZUM WEITERLESEN

Claudia Cinatti: Das Wiederauferstehen von linksreformistischen Kräften und die Politik der RevolutionärInnen:
➟ **www.klassegegenklasse.org/das-wiederauferstehen-von**

1. Xekinima: Griechenland: Nach dem ersten Parteitag von SYRIZA. http://www.sozialismus.info/2013/08/griechenland-nach-dem-ersten-parteitag-von-syriza/.
2. Tino P.: Differenzierungen in Syriza. http://nao-prozess.de/differenzierungen-in-syriza/.
3. Martin Suchanek: Eine „neue" reformistische Partei macht sich für die Regierung reif. http://www.arbeitermacht.de/infomail/695/syriza.htm
4. Ebd.





Zanon in Berlin

Raúl Godoy von der argentinischen Keramikfabrik Zanon, welche seit über zehn Jahren unter ArbeiterInnenkontrolle produziert, sprach in Berlin vor über 120 Menschen

von **RIO Berlin**

Die Europareise von Raúl Godoy führte den Arbeiter der „Fabrik ohne Chefs", Abgeordneten im Provinzparlament Neuquéns für die „Front der Linken und der ArbeiterInnen" und Anführer der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS, argentinische Sektion der FT-CI), innerhalb von zwei Wochen durch vier Länder: Frankreich, Spanischer Staat, Griechenland, und zuletzt Deutschland.

Der Anlass der Reise war die internationalistische Überzeugung, *„dass die ArbeiterInnenklasse keine Grenzen hat. Die Krise ist international und macht eine Antwort vom Standpunkt der ArbeiterInnen notwendig."* Godoy wollte die Erfahrung der ArbeiterInnen von Zanon nach Europa bringen und einen Austausch mit den wichtigsten Phänomenen des aktuellen Klassenkampfes in Europa, insbesondere in Griechenland, beginnen. Denn dort beginnen sich Erfahrungen von Fabrikbesetzungen und selbstverwalteter Produktion der ArbeiterInnen, ganz ohne ihre Bosse, zu entwickeln. Emblematisches Beispiel ist dafür die griechische Baustofffabrik Vio.Me in Thessaloniki – momentan die einzige Fabrik, in der die ArbeiterInnen die Produktion unter Eigenregie aufgenommen haben.

Die Rundreise Godoys war der Diskussion über eine Antwort der ArbeiterInnen auf die Krise gewidmet. So wichtig die einzelnen Erfahrungen der ArbeiterInnenkontrolle sind, können sie allein weder die aktuelle Krise noch die kapitalistische Konkurrenz überwinden. Daher versuchte Godoy auch aufzuzeigen, dass Zanon nur ein „Schützengraben", ein Ort des Widerstands ist, von dem aus weitere Kämpfe geführt werden müssen.

Im imposanten Konferenzsaal des IG-Metall-Hauses in Berlin-Kreuzberg sprach er am 25. Mai vor über 120 Menschen über Zanon und die Lehren, die er und die PTS aus dem seit über zehn Jahren andauernden Kampf gezogen haben.

Vor dem gut gemischten Publikum betonte Godoy: *„Viele sagen, Zanon sei ein Ausdruck der besonderen Bedingungen der Krise von 2001 in Argentinien. Doch Zanon ist nicht vom Himmel gefallen."*

„Seit über 20 Jahren arbeite ich in der Fabrik, und am Anfang waren die Bedingungen sehr hart", erinnerte sich Godoy. Ein kleiner Kern von politischen AktivistInnen fing an, ihre KollegInnen zu organisieren – nicht nur mit gewerkschaftlichen Fragen, sondern auch mit Grillfesten und Fußballspielen. *„Jede Abteilung der Fabrik bildete eine eigene Mannschaft, und jede Mannschaft wählte einen Delegierten, um das Spiel zu koordinieren. Damit hatten wir schon ein erstes Netzwerk von Kollegen."*

Kämpferische ArbeiterInnen gründeten eine Gruppierung, die für mehrere Punkte eintrat: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gegen Leiharbeit und Prekarisierung, und für demokratische Vollversammlungen als Entscheidungsorgan. Diese „Lista Marrón" oder „Braune Liste" (braun ist die Farbe der klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegungen seit den 70er Jahren in Argentinien) konnten bei Zanon zuerst den Betriebsrat und dann die Gewerkschaft aller KeramikarbeiterInnen der Stadt von der Bürokratie zurückerobern.

Als die Wirtschaftskrise im Jahr 2001 ausbrach, konnten sie Bündnisse mit Arbeitslosen, Studierenden und anderen besetzten Betrieben bilden. Die erkämpfte Selbstverwaltung verteidigten sie gegen mehrere Räumungsversuche und erzwangen schließlich im Jahr 2009 die Enteignung durch das Parlament. *„Früher haben wir ArbeiterInnen nach der Schicht unsere Arbeitsklamotten gleich ausgezogen, denn man schämte sich dafür, dass man ausgebeutet wurde."* Doch Godoy trägt sein braunes Hemd mit Gewerkschaftslogo auch in Europa: *„Heute ziehen wir Zanon-ArbeiterInnen unsere Hemden nicht mal zum Schlafen aus"*, denn es ist zum Symbol für den Kampf gegen die Ausbeutung geworden.

Godoy hatte am Vortag die besetzte Baustofffabrik Vio.Me besucht, in der 38 Arbeiter seit drei Monaten produzieren. Dort erzählte er von den zahlreichen Problemen bei Zanon in den ersten Jahren (etwa der Mangel an einer legalen Form, um die Produkte offen verkaufen zu dürfen), die die Vio.Me-Arbeiter gerade auch erleben. Auf der Veranstaltung in Berlin wurden zur Unterstützung über 250 Euro eingesammelt, damit Vio.Me den Kampf für eine Alternative zu Fabrikschließungen, Arbeitslosigkeit und Misere weiterführen kann.

„Kooperativen sind keine Lösung an sich", schloss Godoy seine Ausführungen. *„Wir haben nur eine Übergangsform des Widerstandes. In der Fabrik haben wir eine gewisse Freiheit erkämpft, aber vor dem Tor herrscht ein kapitalistisches System in der Krise."* Deswegen wird die Zukunft der Zanon-ArbeiterInnen nicht durch sie selbst, sondern durch den Klassenkampf aller ArbeiterInnen weltweit entschieden.

In diesem Sinne betonte Godoy mehrfach, dass die ArbeiterInnenklasse sich die Forderungen der entrechteten Schichten der Bevölkerung zu eigen machen muss. Das, was Zanon letztlich von anderen Kooperativen in Argentinien unterscheidet, ist das Selbstverständnis, nur eine Bastion im Kampf zu sein, von der aus andere Kämpfe unterstützt werden müssen, in der Perspektive der sozialistischen Revolution.

Gegenüber dem Pessimismus der radikalen Linken in Europa, dass das mangelnde Bewusstsein der ArbeiterInnen eine offensive Antwort auf die Krise unmöglich mache, stellte Godoy in seinen Ausführungen über die Zeit vor der argentinischen Krise von 2001 heraus, wie passiv die ArbeiterInnen von Zanon waren, als er in der Keramikfabrik seine politische Arbeit begann. Nur durch die Unterstützung einer Organisation mit einem revolutionären Programm und einer Methode, die konkreten Forderungen der ArbeiterInnen mit einer Perspektive der Selbstorganisation und letztlich der Übernahme der Macht durch das Proletariat zu verbinden, gelang es Godoy und seinen GenossInnen, die Grundlagen dafür zu legen, dass 2002 die Fabrik in Gang gebracht und bis heute gehalten werden konnte. So konnten sie beweisen, dass sich die ArbeiterInnenklasse und die radikale Linke nicht mit der „Misere des Möglichen" zufrieden geben, sondern die Voraussetzungen schaffen muss, das Notwendige zu tun. Der Aufbau einer revolutionären Partei ist dafür unerlässlich.

120 Menschen beim Vortrag von Raúl Godoy im IG-Metall-Haus in Berlin-Kreuzberg

ZUM WEITERLESEN

Mehrsprachiger Blog zur Rundreise:
➟ **raulgodoyzanoneuropa.wordpress.com**

Video des Vortrages in Berlin:
➟ **www.youtube.com/watch?v=LbVzITgV1wU**



Für eine Bewegung für eine der Sozialistischen

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Über 2.000 Menschen beim internationalen Festakt der Trotzkistischen Fraktion in Buenos Aires

Ein überwältigendes Gefühl kam auf, als über 2.000 AktivistInnen aus Betrieben, Schulen und Universitäten beim internationalistischen Festakt der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Buenos Aires die Internationale anstimmten, die traditionelle Hymne des weltweiten Proletariats. Der Festakt bildete den Abschluss ihrer VIII. Konferenz vom 18.-25. August 2013, zu dem Delegationen aus ganz Lateinamerika und Europa nach Argentinien angereist waren.

In diesem Artikel wollen wir die wichtigsten Diskussionen der Konferenz wiedergeben und die Schlussfolgerungen für eine politische Offensive gegenüber der weltweiten radikalen Linken und der Avantgarde der ArbeiterInnen und der Jugend vorstellen: der Aufruf zur Gründung einer Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution als Schritt zum Wiederaufbau der Vierten Internationale.

Die Krise schwelt weiter…

Es scheint ruhig um die Krise geworden zu sein: Anders als noch 2011/2012 redet kaum noch jemand vom bevorstehenden Untergang der Eurozone als Ergebnis der Schuldenkrise der südeuropäischen Länder, die die deutsche Bourgeoisie zur Unterwerfung der europäischen Peripherie zu nutzen versucht. Die Konjunktur der Eurozone zeigte im zweiten Quartal 2013 nach sechs Quartalen der Rezession ebenfalls wieder aufwärts.

Und doch: Obwohl schon häufig das Ende der Krise prophezeit wurde, kann nicht ansatzweise davon die Rede sein, dass die strukturellen Widersprüche im Kern der Weltwirtschaftskrise gelöst worden wären. Die weltweite Überakkumulation von Kapital, die enormen wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Innern der europäischen Währungsunion, der schleichende Niedergang der US-Hegemonie und der langsame Aufstieg potentieller Konkurrenten wie Deutschland und – auf anderer Ebene – China zeigen, dass die Krise noch lange nicht beendet ist.

Massive Geldspritzen in Form von „Rettungspaketen" (und damit einhergehenden massiven sozialen Angriffen), die Bereitstellung quasi unbegrenzter Liquidität seitens der US-amerikanischen Federal Reserve Bank sowie die teilweise Übernahme der Rolle als weltweiter Konjunkturmotor durch China konnten eine „Große Depression" wie in den 1930er Jahren bisher verhindern. Doch die meisten AnalystInnen prophezeien, dass auf die Welt noch Jahre der wirtschaftlichen Stagnation zukommen werden, ähnlich wie es der japanischen Wirtschaft in den 1990er Jahren erging.[1] Diejenigen Kräfte, allen voran China, die den weltweiten Konsum momentan aufrechterhalten, können dies nicht unbegrenzt tun: Chinas Binnenmarkt wächst zu langsam und das Land ist weiterhin vom Warenexport abhängig. Und obwohl China immer stärker beginnt, Kapitalexport in periphere Länder wie auf dem afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinent und nach Südeuropa zu betreiben, wäre es illusorisch zu glauben, dass China sich ohne Weiteres in ein imperialistisches Land verwandeln könnte, welches obendrein die Hegemonie der USA ersetzen könnte. Dennoch sorgt dies für unter der Oberfläche brodelnde geopolitische Spannungen zwischen den USA und China.

Hinzu kommen Spannungen zwischen den USA und Deutschland, welche im Versuch der deutschen Bourgeoisie verwurzelt sind, eine von den USA unabhängigere Politik durchzuführen und sich langsam der wirtschaftlichen Macht entspechend als Konkurrent auf weltweiter Ebene zu etablieren. Diese Spannungen im Staatensystem bilden ein dynamisches Element in der aktuellen Krise, obwohl die explosiven Tendenzen der Krise konjunkturell abgenommen haben, weshalb es immer wieder zu sprunghaften Verschärfungen der Krise kommen kann.

…und die Jugend und die ArbeiterInnen betreten die Bühne

Doch in den letzten Jahren entstand ein neuer Faktor, der die internationale Situation immer mehr aufwühlt: der Wiedereintritt der Jugend und der ArbeiterInnenklasse in das politische Geschehen nach mehr als drei Jahrzehnten Neoliberalismus und bürgerlicher Restauration. Da ist zum Einen der heroische Widerstand der griechischen Massen, aber auch die Bewegung auf den Straßen im Spanischen Staat zu nennen. Auch in Südafrika finden wichtige Kämpfe der ArbeiterInnen statt, die sich sogar in der Gründung einer unabhängigen ArbeiterInnenpartei ausdrückten. Aber vor allem gehört dazu die Situation in der arabischen Welt und der Türkei sowie in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern.

In Nordafrika und im Nahen Osten haben wir die zugespitztesten Ereignisse des Klassenkampfes der letzten Jahre erlebt. Der revolutionäre Prozess in Ägypten und der BürgerInnenkrieg in Syrien und die Intervention imperialistischer Mächte und regionaler Kräfte in diese Konflikte sind zum Schlüssel für die gesamte Region geworden.[2]

In Lateinamerika sind insbesondere in den letzten Monaten die linksbürgerlichen und reformistischen Regierungen, die im letzten Jahrzehnt auf dem gesamten Kontinent hervorsprossen, in die Krise geraten. Die Massenmobilisierungen seitens der Jugend in Brasilien wurden von einem Prozess des Wiederauferste-

1. Für ein solches mögliches Szenario der langsamen Rezession, siehe: Suphi Toprak: Eine neue Etappe der Eurokrise? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. http://www.klassegegenklasse.org/eine-neue-etappe-der-eurokrise.

2. Siehe dazu die Artikel zu Ägypten auf S. 22 und zu Syrien auf S. 20.





Internationale Revolution!

hens der ArbeiterInnenklasse in ganz Lateinamerika begleitet. In Brasilien und in Chile fanden historische Generalstreiks statt, die es seit über 20 Jahren nicht mehr gegeben hatte; in Bolivien gab es einen 14-tägigen Generalstreik gegen ein neoliberales Rentengesetz und einen Prozess der Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei; in Argentinien bekommt die klassenkämpferische Bewegung nach dem Generalstreik vom 20. November und angesichts des Bruchs von Sektoren der Gewerkschaftsbürokratie mit der Regierung neue Möglichkeiten zur Intervention.

Die Aufgaben von RevolutionärInnen

All diese Prozesse stellen RevolutionärInnen vor die Herausforderung, dieses Potential der fortschrittlichen Sektoren der Jugend und der ArbeiterInnenklasse zum Wiederaufbau einer revolutionären Führung zu nutzen. Dies ist nötig, um eine Klassenantwort der ArbeiterInnen auf die Krise zu geben. Doch ein großer Teil der radikalen Linken weltweit ist der Meinung, dass es notwendig wäre – statt mit einem offensiven Programm auf die Massen zuzugehen – elementare programmatische Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung wie die Prinzipien der Klassenunabhängigkeit, des Antiimperialismus und der bedingungslosen Ablehnung staatlicher Repression über den Haufen zu werfen, um einen Block mit dem Linksreformismus à la Syriza, Front de Gauche, Linkspartei usw. zu bilden. Diese Vorstellung basiert – wenn auch nicht immer ausgesprochen – letztlich auf der Überzeugung, dass es das Bewusstsein der Massen nicht zulassen würde, heute schon Schritte zum Aufbau einer alternativen, von jeglicher bürgerlichen Führung unabhängigen Organisation der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu gehen. Stattdessen gäbe es notwendige „Zwischenstadien" der Organisation und des Bewusstseins, welche die Massen durchlaufen müssten, bevor sie für eine revolutionäre Alternative bereit seien.

Wir sind der Meinung, dass es für RevolutionärInnen heutzutage mehr denn je notwendig ist, das Banner der Klassenunabhängigkeit hochzuhalten. Ein alternatives politisches Instrument, eine alternative Partei der ArbeiterInnen und der Jugend aufzubauen, ist für uns die dringende Aufgabe. Dies kann für uns nur in der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus, der Diktatur des Proletariats und schließlich in einer klassenlosen Gesellschaft selbst liegen. Wir intervenieren als Trotzkistische Fraktion in verschiedenen Ländern mit dieser Perspektive.

So stehen unsere GenossInnen von der Partei der sozialistischen ArbeiterInnen (PTS) in Argentinien vor der Herausforderung, konkrete Schritte zum Aufbau einer Massenpartei zu unternehmen. Im Rahmen der „Front der Linken und der ArbeiterInnnen" mit zwei weiteren trotzkistischen Organisationen konnten sie bei den Vorwahlen zur Parlamentswahl im August 2013 ein Ergebnis von 900.000 Stimmen erzielen, auf der Basis eines Programms der Klassenunabhängigkeit und der Übergangsforderungen mit der Perspektive einer ArbeiterInnenregierung.[3] Dieser Erfolg zeigt auf, dass selbst in einer politischen Situation, die von Stabilität und Reformismus geprägt ist, eine prinzipienfeste Perspektive für Massensektoren attraktiv sein kann, ohne auf zentrale Elemente des revolutionären Programms zu verzichten. Aber eine revolutionäre Partei darf ihre Politik nicht auf die Wahlebene beschränken – sonst wird sie untergehen. Stattdessen ist der Wahlkampf nur eine weitere Taktik, die dem Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei dienen muss. Gegen jeden Elektoralismus – aber auch gegen das bequeme Sektierertum, das Wahlergebnis nicht bis zum Letzten zum Aufbau einer Partei zu nutzen – muss die PTS ihre WählerInnen in den Prozess der Etablierung einer klassenunabhängigen, antikapitalistischen, revolutionären ArbeiterInnenpartei hineinziehen.

Unsere chilenischen GenossInnen der Partei Revolutionärer ArbeiterInnen (PTR) waren in den letzten zwei Jahren an der Vorfront der Kämpfe gegen die neoliberale Piñera-Regierung, die ihren Höhepunkt in den massenhaften Besetzungen von Schulen und Universitäten im Jahr 2011 hatten. Sie richteten sich gegen das Bildungssystem, dessen Grundzüge noch aus der Pinochet-Diktatur stammen, und stellten das ganze Regime in Frage. Dieses Jahr sind die Kämpfe wieder aufgeflammt, mit neuen massenhaften Besetzungen und Mobililisierungen, und vor allem mit gemeinsamen Streiks von ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierenden, die in den Generalstreik vom 11. Juli mündeten. Gleichzeitig bewegt sich die stalinistische Kommunistische Partei Chiles immer weiter nach rechts: Sie schloss sich mit der *Concertación* Michelle Bachelets zusammen und setzt darauf, mit ihr bei den nächsten Wahlen in die Regierung einzutreten, und so dem Erb-Regime der Pinochet-Diktatur Legitimität zu verleihen. Dies eröffnet auf der Linken in Chile ein riesiges Loch für eine Politik der Klassenunabhängigkeit und der Revolution. Diese Lücke zu füllen, haben sich unsere GenossInnen in Chile vorgenommen, indem sie gemeinsam mit Sektoren der Jugend und der ArbeiterInnenbewegung konkrete Schritte zum Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in die Wege leiten wollen.

In Bolivien bewegt sich die ArbeiterInnenklasse ebenfalls: Der Prozess zum Aufbau einer von der Regierung unabhängigen ArbeiterInnenpartei, die in der Gewerkschaftsbewegung verwurzelt ist, nimmt immer konkretere Formen an. Gegen die Perspektive der GewerkschaftsbürokratInnen, diese Partei zu einem reinen Wahlprojekt zu machen, und gegen die Perspektive der Regierung und ihrer Verbündeten, diese Partei zum Scheitern zu bringen, kämpfen unsere GenossInnen von der Revolutionären ArbeiterInnenliga – Vierte Internationale (LOR-CI) gemeinsam mit den fortgeschrittensten Sektoren der bolivianischen ArbeiterInnenklasse, den MinenarbeiterInnen von

3. Siehe dazu den Artikel zu Argentinien auf S. 9.



Huanuni, für ein revolutionäres Programm für diese Partei.

Den selben Kampf führen die GenossInnen der Trotzkistischen Fraktion in der Revolutionär-Kommunistischen Strömung (CCR) in der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) in Frankreich. Gegen die Perspektive der Mehrheit der Partei, sich in

Leider sehen wir, dass die Mehrheit der radikalen Linken einen Anschluss an Phänomene des Linksreformismus sucht.

einen permanenten Block mit der reformistischen Linksfront (*Front de Gauche*, FdG) zu begeben (nachdem der rechte Flügel der NPA schon direkt in die FdG eingetreten ist), wollen sie einen Pol für ein revolutionäres Programm aufbauen und dafür die Diskussionen mit denjenigen Sektoren, die sich dem Rechtsruck der Partei teilweise widersetzen (wie die Plattform Y, in der unter anderem die GenossInnen der *Fraction L'Étincelle* organisiert sind), vertiefen. Während aber die Plattform Y mehrheitlich für eine Rückkehr der NPA zu ihren Ursprüngen eintritt, bestehen die GenossInnen der CCR als Teil der Plattform Z auf der Notwendigkeit einer klaren, revolutionären Ausrichtung der Partei.

Unsere GenossInnen in Brasilien und Mexiko haben in den vergangenen Monaten die größten Jugendbewegungen seit Jahrzehnten erlebt: In Brasilien kämpften die Jugendlichen an der Vorfront der Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen und die sich immer weiter verschlechternden Lebensumstände breiter Schichten der Bevölkerung, was ein Beweis für die Erschöpfung des bürgerlichen Projekts des Lulismus ist.[4] In Mexiko zeigte die Bewegung *#yosoy132* die Ablehnung breiter Teile der Bevölkerung, vor allem der Jugend, gegenüber den bürgerlichen Institutionen und vor allem den bürgerlichen PolitikerInnen. Sowohl unsere brasilianischen GenossInnen der Liga für eine Revolutionäre Strategie – Vierte Internationale (LER-QI) als auch unsere mexikanischen GenossInnen der Liga Sozialistischer ArbeiterInnen – Gegenströmung (LTS-CC) wollen diese Radikalisierung der Jugend nutzen, um sie für eine Perspektive der sozialistischen Revolution zu gewinnen.

Für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution

Doch trotz bedeutender Fortschritte im Aufbau unserer Organisationen ist unsere Strömung den aktuellen Aufgaben des Klassenkampfes allein nicht gewachsen. Wir hängen nicht der Vorstellung an, dass eine neue revolutionäre Führung der ArbeiterInnenklasse und der Jugend linear aus unserer Mitte hervorgehen wird. Die neue Etappe des Klassenkampfes, die sich in den letzten Jahren eröffnet hat, stellt RevolutionärInnen auf der ganzen Welt vor die Herausforderung, eine Politik zu entwickeln, die den Massen im Kampf eine glaubwürdige Alternative bieten kann. Leider sehen wir, dass die Mehrheit der radikalen Linken weltweit einen einfachen Anschluss an Phänomene des Linksreformismus und anderer Vermittlungsinstanzen sucht, anstatt mit einer revolutionären Strategie die kommenden Kämpfe vorzubereiten.

Wir hingegen sind der Meinung, dass es möglich ist, mit einem konsequenten Programm der Klassenunabhängigkeit, der Revolution und des Sozialismus ebenfalls Sektoren der Massen anzuziehen – der aktuelle Wahlerfolg von fast einer Million Stimmen der Front der Linken und ArbeiterInnen in Argentinien beweist dies. Es ist nicht notwendig, zentrale Achsen des revolutionären Programms über Bord zu werfen, um aus dem Stadium einer unbedeutenden Sekte ohne Einfluss im Klassenkampf herauszutreten. Im Gegenteil halten wir ein Programm für notwendig, welches die wichtigsten Lehren der aktuellen Etappe des Klassenkampfes aufnimmt, wie sie in Ägypten, in Griechenland, aber auch in den imperialistischen Zentren aufgeworfen werden, und sie mit der Erfahrung der Geschichte der ArbeiterInnenklasse verbindet. Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam mit all jenen Sektoren der radikalen Linken, der Jugend und der ArbeiterInnen in die Offensive gehen, die für eine Alternative der ArbeiterInnenklasse und gegen die Versöhnung mit bürgerlichen und reformistischen Führungen kämpfen und eine revolutionäre Antwort auf die kapitalistische Krise geben wollen. Wir wollen gemeinsam mit ihnen eine **Bewegung für eine Internationale der sozialistischen Revolution** aufbauen, als Schritt zum Wiederaufbau der Vierten Internationale als Weltpartei der Revolution.

Dieser Herausforderung wollen wir uns als internationale Strömung insgesamt stellen und damit einen Beitrag zu einer Umgruppierung der radikalen Linken und der ArbeiterInnen- und Jugendavantgarde leisten, der gleichzeitig einen Gegenentwurf zu Projekten der „Einheit um der Einheit willen" wie die französische NPA, die griechische Syriza oder die spanische *Izquierda Unida* darstellt. Wir halten die Einheit der Linken für notwendig, doch die Grundlage muss für uns ein gemeinsames Verständnis der wichtigsten Fragen des Klassenkampfes und der gemeinsamen Intervention bilden. Über diese Perspektive wollen wir mit allen Interessierten debattieren und zu diesem Zweck in den nächsten Wochen ein Manifest veröffentlichen, welches ein erster Diskussionsanstoß für einen solchen Prozess sein soll.

RIO und die Herausforderungen in Deutschland

RIO, die Revolutionäre Internationalistische Organisation, hat in den letzten Jahren einen intensiven Prozess der Diskussion und gemeinsamen Aktion mit den GenossInnen der Trotzkistischen Fraktion durchlaufen. Bei der gerade beendeten Konferenz in Buenos Aires wurde RIO als vollständige Sektion in die Trotzkistische Fraktion aufgenommen. Als solche nehmen wir die Herausforderung an, diese neu definierte Politik auf internationaler Ebene auch in Deutschland, einem der wichtigsten imperialistischen Länder weltweit, voranzutreiben.

Dazu gehört zum Ersten die offensive Diskussion mit all jenen Sektoren, die in Deutschland allmählich den Kampf aufnehmen: in den Betrieben – wie die prekär beschäftigten Jugendlichen und ArbeiterInnen von Neupack, Amazon, dem Einzelhandel – wie auch in Schulen und Universitäten und mit den Sektoren der radikalen Linken, die sich nicht an (links-)reformistische Parteien und Bürokratien anpassen wollen. Zum Zweiten die Vertiefung eines revolutionären Programms für die Situation in Deutschland und den Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Und zum Dritten natürlich die Vertiefung der Diskussion mit Strömungen auf internationaler Ebene. Wir rufen all diejenigen, die in den vergangenen Jahren gemeinsame politische Erfahrungen mit uns gemacht haben, dazu auf, mit der lähmenden Routine der deutschen Linken zu brechen und mit uns über diese Perspektive zu diskutieren.

ZUM WEITERLESEN

Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution
➟ **demnächst auf unserer Website!**

Alle Interventionen beim Internationalistischen Festakt:
➟ **www.tvpts.tv/Mira-el-acto-internacionalista**

4. Siehe den Artikel zu Brasilien auf S. 23.



KLASSE GEGEN KLASSE

… ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 6. Streiks in der Krise – Streik bei Neupack in Hamburg Schwerpunkt: 1968 – Coming Out des deutschen Trotzkismus
40 Seiten – 2,50 €



Nr. 5. Jahr Fünf der Krise – wie sieht eine revolutionäre Alternative aus? Schwerpunkt: Für einen europaweiten Generalstreik!
32 Seiten – 2 €



Nr. 4. Dunkle Wolken über der Eurozone Schwerpunkt: Kampf der Kumpel im Spanischen Staat
32 Seiten – 2 €



WAFFENDERKRITIK regelmäßiges Flugblatt an der Uni von RIO und unabhängigen Studierenden
waffenderkritik.wordpress.com





Red Brain linke SchülerInnenzeitung von einer unabhängigen SchülerInnengruppe
redbrain.blogsport.de

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! (*„Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!"* – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).



Estrategia Internacional Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!

Streik gegen Prekarisierung Das „Schwarzbuch CFM-Streik" – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
36 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen! Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
20 Seiten – 1 €

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.
Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: info@klassegegenklasse.org
berlin@klassegegenklasse.org; **fu**@klassegegenklasse.org; **potsdam**@klassegegenklasse.org; **muenchen**@klassegegenklasse.org; **saarbruecken**@klassegegenklasse.org

www.KLASSEGEGENKLASSE.org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation




KLASSE
gegen
KLASSE
www.klassegegenklasse.org
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 7 – September-Oktober 2013
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf
Brasilien
Nach den Massenprotesten und dem Generalstreik: Ein Riese erwacht
Syrien
Der Imperialismus bereitet einen Angriff vor: Nein zur Intervention!
Türkei
Gezi-Park und Taksim-Platz: Welche Perspektive für die Bewegung?
RevolutionärInnen in die Offensive!
Auf ihrer VIII. Konferenz in Buenos Aires präsentiert die Trotzkistische Fraktion einen Aufruf zu einer Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution
RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale